

# Der Steinlärbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 27. Februar 1932

36. Jahrgang

Nummer 9

## Der Schrei: Arbeitsbeschaffung!

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 16. Februar einmütig beschlossen, in Kürze einen außerordentlichen Gewerkschaftstongress einzuberufen, um Regierung und Öffentlichkeit zu umgehenden, entschlossenen Maßnahmen gegen die furchtbare Arbeitslosigkeit aufzurufen. Ernährte Arbeit verlangen über 6 Millionen darbenbe Volksgenossen, ihr einmütiger Schrei: Schafft Arbeit! durchhallt die Lande, verlangt Gehör und schnellste Beachtung! Der Beschluß des Bundesausschusses vom ADGB wird in der Arbeiterschaft Genugtuung auslösen.

Dem Bericht über diese wichtige Tagung im heutigen „Steinarbeiter“ nehmen wir vorweg die nachstehende Entscheidung, die über die gegenwärtige Lage die zusammengefaßte, einmütige Meinung des Bundesausschusses wiedergibt:

„Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von den 27 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewalttätige Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Prozent; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Prozent.

Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu

der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Besonders ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienstes erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen.

Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen darf sie nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren für die Währung abgetan werden.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei enger Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wiederherstellen.“

## 4. Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 15. Februar trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 4. Tagung zusammen.

Leipart eröffnete die Verhandlungen mit herzlichen Worten des Gedankens über den langjährigen Kassierer der Generalkommission und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen.

Dann erstattete Leipart Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während der letzten Monate, aus dem wir nur einige Punkte herausgreifen. Insbesondere kritisierte er die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Der Bundesvorstand hat bekanntlich gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das den Anschein erweckt, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschieden Widerspruch eingelegt und die schnelle Durchführung dieser von den Gewerkschaften nach wie vor vertretenen Forderung verlangt.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Leipart erläuterte in kurzen Zügen die Haltung des Bundesvorstandes. Die Forderung: „Schluß mit den Reparationen“ steht in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits geleistet worden sind und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestatte, um so mehr, als die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für die letzte Reparationsregelung sich inzwischen so verschoben haben, daß es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen widersinnig wäre, an ihr festzuhalten. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Schon seit Jahren sind innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung Bestrebungen im Gange, die Berufsinternationalen entweder zur alleinigen organisatorischen Grundlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu machen oder sie doch neben den Landeszentralen als gleichberechtigte Träger der Organisation anzuerkennen. Diese Frage ist auch in letzter Zeit wieder erörtert worden. Die Haltung des Bundesvorstandes ist bekannt. Er ist der Meinung, daß allein die Landeszentralen die Träger des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein können. Auch der Vorstand des ADGB selbst ist dieser Auffassung. Es läßt sich aber wohl eine Form finden, auch die internationalen Berufssekretariate noch mehr als bisher als Bestandteile in den ADGB einzuordnen, etwa dadurch, daß man den internationalen Berufssekretären im Ausschuß des ADGB das Stimmrecht gibt. Das läßt sich um so mehr erwägen, als internationale Beschlüsse so gut wie nie durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.

Schlüsse berichtete über Steuerfragen. Vom 10. Februar 1932 an wird in der Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Dieses Ergebnis ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nächstehenden Parteien ermöglicht worden. Weitergehende Forderungen dahingehend, daß alle lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer befreit bleiben, werden vom Bundesvorstand weiter verfolgt. Minister Dietrich hat zunächst Verhandlungen mit dem Deutschen Städtetag zugelagt, um die generelle Befreiung von der Bürgersteuer bei all den Einkommen zu erzielen, die die Unterstützungsfälle für die Wohlfahrtserwerbslosen nicht übersteigen. Die Lohnsteuerentlastung aus Billigkeitsgründen auf Grund von § 131 der Reichsabgabenordnung wird behördlicher-

seits bekämpft. Gegen diesen rechtlich unhaltbaren Standpunkt wehren sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Sie fordern, daß die Lohnsteuer erst dann abgezogen wird, wenn das Lohnsteuerfreie Einkommen wöchentlich oder monatlich erreicht ist. Der Bundesvorstand fordert die Einführung von Steuerbüchern für unständig Beschäftigte, um eine Regelung in diesem Sinne anzubahnen. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen. Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des ADGB-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Werksparaffen ausgearbeitet, der dem Reichstag zugeleitet worden ist. Schlüsse gab abschließend nähere Mitteilungen über den organisatorischen Aufbau der Eisernen Front, für die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit einsetzen.

Spliedt berichtete über das Krümpersystem, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand in einem Rundschreiben eingesetzt hat. Auch die Reichsionferenz der Bergarbeiter hat sich dafür ausgesprochen, da die Bergarbeiter im Waldenburger Revier mit dieser Regelung günstige Erfahrungen gemacht haben. Der Holzarbeiter-Verband hat sich im gleichen Sinne geäußert, wenn auch für seinen Bereich die Einführung dieses Systems nur in kleinerem Maßstabe in Frage kommt. Zwei Verbände haben Bedenken geäußert und seine Durchführung abgelehnt. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung seitens der Verbände. Eine einseitige Stellungnahme der Verbände wäre vielleicht wünschenswert; sie wird aber praktisch kaum möglich sein.

Kollegen Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland gibt, die erheblich länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben. Diesem Unfug muß gesteuert werden.

Die jüngst bekannt gewordene Auffassung des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Arbeitszeit, daß es nicht angebracht sei, die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gegenwärtig weiter zu verfolgen, wird von allen Verbandsvertretern entschieden verurteilt. Die Verkürzung der Arbeitszeit nur in einzelnen Berufen anzuordnen, hielt man nicht für zweckmäßig. Notwendig ist vielmehr, die Verkürzung der Arbeitszeit in großem Umfang durchzuführen. Die Einführung der Vierzigstundenswoche muß mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitskräften verbunden werden. Die in der Verordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Grundlagen für die Verkürzung der Arbeitszeit genügen nicht zur Durchführung einer solchen Aktion.

Das Krümpersystem ist nur unter bestimmten Voraussetzungen durchführbar, aber wo diese Voraussetzungen gegeben sind, liegt die Anwendung des Krümpersystems im Interesse der Gewerkschaften. Die Durchführung des Gedankens wird jedoch in den einzelnen Berufsgruppen sehr verschiedene Formen annehmen. Dementsprechend wird sich auch die Beitragsregelung für Kurzarbeitende oder nach dem Krümpersystem beschäftigte Mitglieder der Gewerkschaften verschiedenartig gestalten müssen.

Die Schwarzarbeit ist heute weit verbreitet. Sie ist gegenwärtig Gegenstand einer besonderen Untersuchung im Reichswirtschaftsrat. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dort ihre Bereitschaft zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erklärt, aber hinzugefügt, daß sie sich von zweckmäßigen tarifvertraglichen Regelungen eine größere und gerechtere Wirkung versprechen als von einem weitgehenden gesetzlichen Zwang.

Das Bedürfnis nach einer besonderen Werbearbeit unter den Frauen wird in den einzelnen Verbänden ebenso verschieden sein wie die Möglichkeit zu einer solchen Tätigkeit. Es wurde aber allgemein anerkannt, daß hier Aufgaben vorliegen, die nicht vernachlässigt werden dürfen.

Die Verbandsvertreter waren einmütig der Auffassung, daß der ADGB sich nur auf den Landeszentralen aufbauen kann. Daß die internationalen Berufssekretäre an den Ausschußsitzungen des ADGB teilnehmen, mag zweckmäßig sein, aber weitere Konzessionen an die Berufsinternationalen in der Richtung einer Stärkung ihrer Stellung im ADGB, hielt man nicht für zweckmäßig.

Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt. Es war notwendig, in dieser Zeit unmissverständlich als die Meinung der deutschen Gewerkschaften auszusprechen, daß die Reparationslasten den Lebenspielraum der deutschen Arbeiterschaft in weitgehendem Maße einschränken und daß ihre Fortdauer der Wiederbelebung der Wirtschaft hindernd im Wege steht. Insofern gehören die Reparationen auch zu den Ursachen der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, um so mehr, als nicht zuletzt auf diese politischen Forderungen und ihre Wirkungen die Störungen des Vertrauens innerhalb der Weltwirtschaft und in ihrer Folge die schwere Erschütterung des Kreditwesens zurückzuführen sind.

Am Schluß der Debatte stellt Leipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Die Gewerkschaften sind auch nur insofern Befürworter des Krümpersystems, als bei der Anwendung desselben Rücksicht auf die Eigenart der Berufsgruppe und Betriebe genommen wird. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ist nicht zu leugnen. Aber noch fürchterlicher wäre es für die Arbeiterschaft, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen werden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterschaft bringen würde, jedoch nur dann, wenn die Einführung der Vierzigstundenswoche in einer Weise erfolgt, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften.

Zur Reparationsfrage erklärte Leipart abschließend, es besteht kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Lösung: Schluß mit den Reparationen. Denn die Welt ist sich klar geworden darüber, daß der politische Streit um die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist. Die Beseitigung dieser politischen Ursache der Krise ist die wichtigste Voraussetzung für ihre Überwindung. Sie liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, auch der Arbeiter Frankreichs. Wir sagen nicht: wir wollen nicht zahlen, wir sagen das vor allem nicht im Widerspruch zu unseren ausländischen Genossen, sondern wir rufen diesen, namentlich unseren französischen und belgischen Freunden zu: Ihr dürft nicht zulassen, daß die Last der Reparationen auch fernerhin die deutsche Arbeiterschaft bedrückt. Wir begehren keine Untreue gegen die Internationale, indem wir unsere Pflicht, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, in erster Linie erfüllen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Ueberzeugung beherrscht die weiteren Verhandlungen des Bundesauss-

Schulles, die der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Eggert, mit einer Schilderung der Lage der deutschen Wirtschaft einleitete.

Dieser unheimliche und scheinbar unwiderstehliche Verfall der wirtschaftlichen Kräfte, dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen gezeitigt, in deren zeitlicher Folge sich die einzelnen Phasen des Krisenablaufs widerspiegeln. Im Anfang der Krise stand die Idee im Vordergrund, die geschrumpfte Arbeit auf möglichst große Arbeitermassen zu verteilen. Der Bankrott im Sommer 1931 führte zu Vorschlägen für die Reform des Kredit- und Währungssystems. In der letzten Zeit beherrschten angeht die immer noch wachsenden Arbeitslosenzahlen die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung das Feld der öffentlichen Diskussion.

An der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesausschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung nach einer allgemeinen Gefährdung der jetzt in die Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist.

Auch die vom Bundesausschuß im Dezember 1930 erhobene Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen sind und sind besonders abzulehnen Pläne sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeuteugeld“ eingeführt wird, das das schlechte Geld das bessere verdrängt.

In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Prof. Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadtrand anzufiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Ueberweisung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 Quadratmeter je Siedler, eine Lebensgrundlage zu schaffen. Der ADGB konnte sich aber nicht für diesen Plan einlegen, denn einen, wie es hieß, „Krisenfesten Arbeiter“ durch Stadtrandbesiedlung zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich.

Die Vorstände des ADGB, und des APF-Bundes haben sodann zum Siedlungsweesen, besonders zu dem Plan der Ansiedlung von Erwerbslosen, Stellung genommen. Nach ihrer Auffassung muß die landwirtschaftliche Siedlung nach Kräften weiter gefördert werden. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und sachliche Eignung der Siedler, den Arbeitsmarkt kann sie nicht fühlbar entlasten. Die Stadtrandbesiedlung bietet dem Siedler keine selbständige Existenz. Sie setzt Weiterbeschäftigung des Siedlers im Berufe oder den Bezug der Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist das praktischste, den Arbeitslosen Kleingartenland (Schreberland) zur Verfügung zu stellen, weil hier mit den vorhandenen geringen Mitteln immerhin die größte Wirkung zu erzielen ist.

Eggert sprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Wontinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorberingung befinden.

Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung. Die Beratung steht in den Anfängen. Sie muß mit größtem Nachdruck beschleunigt werden.

Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abwicklung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltweite Situation. Wie groß die allgemeine Unsicherheit in der Weltwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß seit der englischen Pfundkrise 22 Länder sich der Verpflichtung entledigt haben, ihre Noten im Lande in Gold einzulösen, daß ferner in einer Anzahl weltwirtschaftlich bedeutender Länder die Bewirtschaftung der Devisen eingeführt worden ist, daß weiter in einer Reihe von anderen Ländern erhebliche Zollerhöhungen vorgenommen, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote durchgeführt wurden.

Der Völkerverbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der Französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird.

Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insbesondere die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsanwalt in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Leipart faßte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesausschuß zusammen, indem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand.

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Welche Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dieser letzten Monate der Letzter, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Lage des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verklärt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuwecken. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Krisenkongreß muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich die Forderungen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus, von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterkassen unenträglich einengte. Im Juni 1931, als die zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die vierte und wie es hieß, letzte verhängt wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, so könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten

des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Krisenkongreß zusammenzutreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müßten die Regierung, wir müßten den Reichszentralrat, auf diesem Kongreß zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

Die Sitzung vom 16. Februar eröffnete Tarnow (Holzarbeiter-Verband) mit einem Referat über seinen Arbeitsbeschaffungsplan auf dem Wege der Kreditausweitung: Wir müssen handeln und bewußt das machen, was früher automatisch bei der Ueberwindung der Krise geschehen ist. Weder von der Verbrauchseite noch von der Seite der Produktionsmittelerzeugung kann in absehbarer Zeit eine Belebung von selbst kommen. Wir müssen also eine bewußte aktive Konjunkturpolitik führen und die Konjunkturpolitik kann lediglich in der Arbeitsbeschaffung seitens der öffentlichen Hand bestehen. Die öffentlichen Arbeiten müssen die früheren privatkapitalistischen Investitionen ersetzen, die jedesmal beim Abschluß der Depression aufstauten und der Wirtschaft den Belebungsanstoß gaben.

Die Schwierigkeit besteht in der Finanzierung. Die öffentliche Hand verfügt über keine flüssigen Mittel. Sie ist zwar nicht überschuldet, sie kann aber keine Kredite erhalten, weil das Kreditssystem der Welt vollständig desorganisiert ist. Das Versagen des Kreditwesens hat bereits dazu geführt, daß die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist. Bedeutet dies aber, daß wir alle uns hinlegen und sterben müssen? Nein, der fehlende Kredit muß so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden.

Wir haben einen Plan aufgestellt, der bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die öffentlichen Körperlichkeiten, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat.

Wir denken an die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter u. a. m. von etwa 2 Milliarden Reichsmark erfordern. Davon werden aber rund 600 Millionen Reichsmark von vornherein durch die freiverwendenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Reichsmark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis 1½ v. H. bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigende Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, so daß eine fühlbare Preissteigerung — die das wichtigste Merkmal der Inflation ist — nicht eintreten kann.

Die Amerikaner versuchen jetzt, ihre Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Auch sie suchen den Ausweg aus der Krise in einer gewaltigen Kreditausweitung. Zwar ist die Lage Amerikas viel günstiger, als dies bei uns der Fall ist. Aber der größte Vorteil der Amerikaner besteht vielleicht darin, daß sie nicht so sehr wie wir die Wirtschaft durch die Theorie sehen und deswegen leichter den Mut finden, das zu tun, was durch die Lage geboten wird. Nun bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Krediterschöpfung sehr starke Meinungsverschiedenheiten auch in unseren eigenen Reihen. Das hindert uns daran, aus dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der aktiven Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszustellen. Darin sind wir uns auch einig. Das Finanzierungsproblem kommt dann ohnehin auf uns zu, es wird auch aus anderen Gründen sehr bald akut werden und wir müssen nur darauf achten, daß Maßnahmen kreditpolitischer Natur, wenn sie ergriffen werden, auch für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden.

Ueber das Bagemann-Projekt sprach der Direktor der Arbeiterkassen, Geheimrat Bachem. Dessen Ausführungen bringen wir im nächsten „Steinarbeiter“.

Naphthali (Forschungsstelle) meint, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß als geschehen ist. Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist der Wunsch von uns allen. Aber er enthebt uns nicht der Prüfung, ob die Arbeitsbeschaffung in der geplanten Form der richtige Weg ist. Das Problem liegt bei der Finanzierung. Sie ist umstritten. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre, eine Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Natürlich ist Krediterschöpfung möglich, es kommt nur auf die Größenordnung an, es kommt darauf an, wie die Goldreserve und die Anspannung der Notenbank ist. Wie ist die Situation bei unserer Reichsbank? Niemand kann der Leitung der Reichsbank im letzten halben Jahr Orthodoxie vorwerfen. Bisher hat man durch die Kreditkrise gerissene Fäden in den Umlaufmitteln ausgefüllt. Auch heute wird dieses Verfahren aus der Notituation heraus fortgesetzt. Aber wir bewegen uns am Rande des noch gerade Erträgliches. Und es ist die Frage, ob diese Krediterschöpfung beliebig fortgesetzt werden kann.

Wahrscheinlich wird man mindestens 3 Milliarden zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschaffung von Arbeit für eine Million Arbeiter brauchen. Das muß zu Kreislaufstörungen führen und die Währung gefährden. Gerade in der psychologischen Situation Deutschlands, die zu größerer Vorsicht mahnt, als in anderen Ländern. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann.

Demgegenüber scheint es notwendig, auf dem normalen Anleihewege der öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich dabei auch um das gebotene Geld in Höhe von etwa einer Milliarde Reichsmark. Warum ist es gehortet? Aus Furcht davor, daß die Banken in irgendeiner möglichen Situation nicht zahlen. Diese Gelder geraten in schnelle Bewegung, sobald eine Inflationsfurcht um sich greift. Hier liegt die reale Gefahr für die Währung, die von Finanzierungsprojekten wie dem vorgeschlagenen ausgehen kann. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt und wir müssen uns bewußt bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch gute Außenpolitik und Handelspolitik wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.

Zu Beginn der Aussprache verteidigte Tarnow noch einmal gegenüber den Einwänden Naphthalis den von ihm vertretenen Arbeitsbeschaffungsplan und die von ihm vorgesehene Finanzierung.

Das deutsche Kredit- und Währungssystem wird, wenn nichts Eingreifendes unternommen wird, die Belastungsprobe nicht aus-

halten. Die Defizite in den öffentlichen Haushalten wachsen, der Außenhandel schrumpft ein. Wie sollen wir, wenn diese Entwicklung fortsetzt, die Zahlung von jährlich 1,6 Milliarden ausbringen; zu denen uns das Stillhalteabkommen verpflichtet? Währungs- und kreditpolitische Maßnahmen werden bestimmt kommen, aber es ist viel gefährlicher, wenn sie auf Entschlüssen beruhen, die von Tag zu Tag gefährlicher werden, als wenn sie planmäßig vorbereitet sind. Eine Inflationsgefahr besteht nur subjektiv. Die Ereignisse des Sommers haben gezeigt, daß sie relativ schnell überwinden werden kann, wenn nicht eine Steigerung der Preise eintritt, wenn die befürchtete Inflation tatsächlich gar nicht kommt. Eine objektive Inflationsgefahr kann sich aus der Durchführung des von Wontinsky, Baade und mir vertretenen Planes nicht entwickeln. Dagegen kann sie sich aus den Folgen der Deflation zwangsläufig ergeben. Denn die Deflation ruiniert die Wirtschaft wie die öffentlichen Haushalte und kann sehr leicht — wenn sich kein Ausweg mehr aus der Finanznot bietet — in die eigentliche Inflation umschlagen, nämlich in die Geldschöpfung für die Zwecke der öffentlichen Haushalte. Der normale Anleiheweg steht nur offen, wenn das Kreditssystem normal funktioniert. Zwangsanleihen aber könnten in der heutigen Situation katastrophale Wirkung auf die Wirtschaft haben. Wir müssen daher in einer außergewöhnlichen Situation auch den Mut haben, für außergewöhnliche Maßnahmen einzutreten. Die Herabsetzung der Zinsen in der letzten Notverordnung war auch ein außergewöhnlicher Schritt, von dem ungünstige Folgen befürchtet wurden, die keineswegs eingetreten sind. Tarnow erklärt abschließend, daß er an dem Plan nach wie vor festhalte, daß es notwendig sei, ihn noch weiter in den Einzelheiten auszuarbeiten und Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen zu führen.

In der Aussprache wurde die Bedeutung des internationalen Mißtrauens als Krisenursache anerkannt, aber es wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten könne.

Die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere im Baugewerbe, zeigt schlagend, daß die öffentliche Hand eingreifen muß: gerade auf dem Gebiete der Bauwirtschaft, ohne deren Belebung die Inflation der Wirtschaft im allgemeinen nicht kommen kann. Talsperren, Straßen-, Deich- und Brückenbauten, insbesondere Ueber- und Unterführungen bei Eisenbahnen zur Sicherung des Verkehrs usw. sind solche Aufgaben. Gegen das Siedlungsweesen ist nichts einzuwenden. Wenn aber gesiebelt wird, müssen die Siedlungsbauten nicht unter Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern im ordentlichen Arbeitsverhältnis durchgeführt werden. Der Maßstab muß gefördert werden, sonst kommt es nicht zu dauerhaften, handwerksmäßig hochgeführten Bauten. Der Ausschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für das Wohnungsweesen hat einen Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet, der für Zehntausende, vielleicht für Hunderttausende von Arbeitern Arbeit bringen soll.

Die Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Inflationsgewinne der Hausbesitzer beruht, muß in eine Rentenschuld umgewandelt werden. Das ist vom ADGB schon vor Monaten gefordert worden. Aus ihr würden über zwei Milliarden Mark gewonnen werden, die zur Behebung der Finanzschwierigkeiten des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie zu einem Teile auch für den Wohnungsbau verwendet werden könnten. In einem Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung wird verlangt, daß durch Steuererträge (Kapitalflucht) auf dem Wege einer Anleihe, aus den Rückflüssen der Hauszinssteuer und den Ablosungsbeträgen der Hauszinssteuer hunderte Millionen freigemacht werden könnten für die Arbeitsbeschaffung im allgemeinen. Ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist die Erhaltung des Teiles der Miete, der schon nach dem Reichsmietengesetz vom Jahre 1922 für Instandsetzung der Altmwohnungen und Wohnhäuser vorgesehen wurde. In der Miete ist ein Reparaturanteil von mindestens 22 bis 23 v. H. enthalten, der bei einem Aufkommen von rund 6 Milliarden Reichsmark Miete jährlich etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden Reichsmark betragen würde und der daher geeignet wäre, für eine große Anzahl von Bauarbeitern Arbeit zu beschaffen.

Wenn auch der Bundesausschuß die zur Erörterung stehenden Probleme nicht wird lösen können, so beschäftigt doch die Frage der Arbeitsbeschaffung die Verbände der Gewerkschaften unangenehm. Diese Frage wird besonders darum außerordentlich wichtig, daß Deutschland nicht damit rechnen kann, die Ausfuhr auf der Höhe des vergangenen Jahres zu halten. Auch die Frühjahrsbelebung wird keine nennenswerte Entlastung des Arbeitsmarktes bringen. Es sind Mittel vorhanden gewesen für die Banken und für die Landwirtschaft, dann müssen auch Mittel vorhanden sein für die Arbeitsbeschaffung. Wir können nicht warten, bis das internationale politische Mißtrauen übermunden ist. Der Weg ist zu lang und die Zeit drängt. Wir müssen daher sorgen, daß die in der deutschen Volkswirtschaft ruhenden Kräfte in Bewegung gesetzt werden. Wir sind auch noch nicht am Ende mit der Entwicklung der arbeitparenden Technik; auch darum haben wir in Zukunft mit weiterer Freisetzung von Arbeitskräften zu rechnen.

Die Lösung der gegenwärtigen großen Schwierigkeiten kann jedoch nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden. Wir rufen ins Lands hinaus: das kapitalistische System sei am Ende seiner Fähigkeiten. Demgemäß müssen wir Lösungen im Sinne des Sozialismus suchen. Wir brauchen ein Programm von positiven Forderungen mit sozialistischem Charakter. Eine große Zahl von konkreten wirtschaftspolitischen Aufgaben, so die durchgreifende Abschaffung der hohen, aus der getrennten Produktion nicht mehr verzinsbaren Anlagen der großen Industrie, können nur mit sozialistischen Mitteln erfüllt werden. Auch weite Kreise des Bürgertums sind heute sozialistischen Ideen zugänglich.

Wir haben, wird weiter dargelegt, nicht die Gewißheit, daß der Talboden der Depression schon erreicht ist. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß sich die wirtschaftliche Lage weiterhin verschlechtert. Denn Arbeitslosigkeit erzeugt neue Arbeitslosigkeit, Not erzeugt größere Not. In dieser Lage berge die Untätigkeit die schlimmsten Gefahren in sich. Die Arbeitsbeschaffung vermag dagegen einen Ausweg aus der Depression zu eröffnen.

Der Zeitpunkt für einen Krisenkongreß der deutschen Gewerkschaften sei jetzt gegeben. Die Gewerkschaften müssen es sein, die mit großem Nachdruck die Öffentlichkeit mahnen, sich dem großen entscheidenden Problem der Arbeitslosigkeit ernsthaft zuzuwenden. Im Kampfe für die Arbeitsbeschaffung dürfen wir die Verfürgung der Arbeitszeit und die Erhaltung des Reallohnes nicht vergessen. Es dürfe nicht der Fall eintreten, daß die durch Arbeitsbeschaffung bewirkten Neueinstellungen von Arbeitern illusorisch gemacht werden durch zu lange Arbeitszeiten.

Leipart schließt die Debatte und stellt fest, daß die Frage, der die Beratungen gewidmet waren, doch so weit geklärt worden sei, daß die Gewerkschaften ihre Forderung nach Arbeitsbeschaffung mit größerer Sicherheit und besser fundierten Gründen in der Öffentlichkeit vertreten können. Die vom Bundesausschuß vorgelegte Entscheidung wurde einstimmig angenommen.

Die Beratungen des Bundesausschusses waren getragen von dem entschlossenen Willen, die ganze Kraft der Bewegung einzusetzen, um die Forderungen des ADGB zur Anerkennung zu bringen und der Verwirklichung entgegenzuführen. Der Bundesausschuß beschloß, den Frankfurter Kongreß in nächster Zeit als außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Der Kongreß wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unter Einbeziehung des Ansehens und des Gewichts der gesamten Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt.

Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hatte den Bundesausschuß mit der Wahl des Bundesvorsitzenden betraut. Leipart schlägt im Namen des Bundesvorstandes den Kollegen Ernst Schulze, bisher Sekretär im Bundesbüro, zum Kassierer vor. Der Ausschluß folgt diesem Vorschlag und wählt Schulze einstimmig.

### Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,  
Widersteh nicht mit hitzigem Blut,  
Schweig und schaffe was schön und gut,  
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

# Aus dem Verband für den Verband

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,  
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,  
Der Schlaupkopf beutet sie gehörig aus,  
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

## Wie sich ein Steinarbeiter einen „Bonzen“ vorstellt

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Striegau soll der frühere Kommunist, jetzt Nazi, Reichstagsabgeordneter Füllsch, über die Bonzen dem Sinne nach folgendes gesagt haben: „Seht sie euch an. Sie haben bloß noch zu tun, daß sie den vieren Zentner erreichen. Drei haben sie schon! Die Augen quellen ihnen vor Fett aus dem Schädel hervor. Um dies nicht so sehen zu lassen, setzen sie sich diese Hornbrillen auf.“ (Kafender Beifall des Spektakels.)

Ein Striegauer Steinarbeiter, der die Versammlung auch besucht hatte, wurde von anderen gefragt, wie er sich einen Bonzen vorstelle. Darauf gab er folgende Antwort:

„Ein Bonze ist ein Mensch, der sich auf Kosten anderer herumfrischt und säuft, der zum Arbeiter zu faul und zu dumm ist. Weil aber in der Arbeiterbewegung Faule und Dumme nicht Funktionär werden können, deshalb sind wir frei von solchen Bonzen. Bonzen wie Füllsch meinte, gibt es nur in bürgerlichen Kreisen.“

Zur Bekräftigung dieser seiner Ansicht sagte er noch: „Seht euch doch Müller und Pöhl an, ebenso den alten Langer und Seidel; wo haben diese denn ihre drei Zentner? und wenn sie eine Brille tragen, so deshalb, weil sie sich ihre Augen schon zusehrend gemacht haben für andere.“

Daß diese Antworten sehr treffend sind, wird jeder zugestehen müssen und wird es erst recht, wenn er die genannten Personen kennen würde, die so nebenbei als Striegauer Bonzen von dem Nazi-Schwabronneur gemeint waren. Denn alle vier zusammen, auf die der Striegauer Kollege mit Recht hinweist, haben ganz gewiß noch kein Gesamtgewicht von 5½ Zentner. Da ist zunächst Müller, Gustav, unser rühriger Verbandsangestellter im Striegauer Steinbruchbezirk. Noch in den besten Jahren (58), aber wegen seiner unermüdlichen, verantwortungsvollen und verantwortungsbewußten Leistung für die gesamte Striegauer Arbeiterschaft vorzeitig ergraut und körperlich sehr mitgenommen. Unverwundlich ist aber sein Mut, seine Ueberzeugungstreue und seine tatkräftige Hilfe zu jeder Zeit für die Striegauer Arbeiterschaft. Der andere, der mit gemeint war, ist Langer, Hermann, 62 Jahre alt, ebenfalls ein Steinarbeiter, dem die Steinbruchstätigkeit ihren dauernden Stempel aufgedrückt hat. Er ist aber seit 35 Jahren der Parteivertrauensmann; nicht etwa befehdt. Bei den zwei Genannten besteht die Befürchtung, daß sie schließlich beim Verbrennen in einem Krematorium durch den Rost fallen. So ähnlich ist's bei Pöhl, der Redakteur und Reichstagsabgeordneter ist, und bei Seidel, dem Arbeitersekretär in Striegau. Auf diese vier Genannten waren die Tiraden des Nazi-Maulhelden gemünzt; er hat seine Lehrzeit im Wortschwall bei der KPD durchgemacht. Die Redaktion des „Steinarbeiter“ ist gewiß kein Anhänger von Gewalttätigkeiten, aber in diesem Falle hätte es sicherlich nichts geschadet, wenn bei jedem Giftwort, das dem Jahngesche des früheren KPD, jetzigen Nazi-Abgeordneten ent schlüpfte, eine Steinbrecherhand mit der bekannten breiten, schmalen und harten Innenseite ihm jedesmal eins auf das Schandmal versetzt hätte. Auf diese Art würde mancher, der heute die gesetzliche Meinungsfreiheit der deutschen Republik in den Versammlungen und sonstwo so arg mißbraucht, recht schnell kuriert werden.

An die Berliner Kollegen aller Gruppen. Am 3. März 1932 hält die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, es ist die wichtigste in diesem Jahr. Der große Raum, der uns in Groß-Berlin trennt, macht es notwendig, darauf hinzuweisen, daß jeder einzelne Kollege in dieser bitteren Zeit, die uns zur Geschlossenheit in der Gewerkschaft mahnt, für ein volles Haus an diesem Abend sorgt und bürgt. Das wird der einzelne um so besser können, wenn er bereits an dem Wohl und Wehe der Zahlstelle aktiv mitwirkt. Es geht um die Neuwahl eurer Gruppen-Funktionäre, die den Gesamtvorstand der Zahlstelle Berlin bilden. Die Wirtschaftskrise hat auch unsern Verband nicht verschont, die große Arbeitslosigkeit in allen Gruppen, der Eingriff in die Sozialversicherungen, die Zerstückelung der Facharbeitsnachweise, der Eingriff in das Tarifrecht und vieles andere mehr sind uns ein Beweis, daß wir noch manches andere zu verteidigen haben, was aber nur durch Solidarität und Zusammenstehen möglich ist. Jedem Kollegen wird klar sein, worauf es gerade in dieser Krisenzeit den Kapitalgewaltigen und ihren Helfershelfern ankommt, nämlich: die feste Mauer der freien Gewerkschaften zu zertrümmern. Gleichgültigkeit unsererseits führt zur Loderung unserer freien Gewerkschaftsbewegung. Nur der einheitliche Kampfeswille kann allen Wühlereien gegen die Gewerkschaften ein Halt gebieten. Auch wer das Glück hat, noch in Arbeit zu stehen, hat erfahren, daß der Notverordnungs-Preisabbau der Lebensbedarfsartikel durchaus keinen Schritt hält mit dem Notverordnungs-Lohnabbau. Trotzdem heißt es Kopf hoch und Umschau halten, hier kann keine erbitterte Auseinandersetzung mit dem Funktionär etwas daran ändern; jeder einzelne Kollege muß schon einsehen lernen, daß die Bekämpfung und die Erleichterung dieser Lasten, die der Arbeiterschaft aufgedrückt wurden, nur in geschlossener Front und festem Willen durchgeführt werden kann.

Darum, Kollegen, ist es mehr denn je notwendig, Funktionäre zu wählen, die das Vertrauen jeder einzelnen Gruppe genießen. Es darf und kann nicht angehen, daß eine schwach besuchte Versammlung dazu berufen ist, die Kollegen zu beauftragen, die in der schweren Zeit die Verantwortung für die gesamte Steinarbeiter Berlins auf sich nehmen. Pflicht jedes Berliner Kollegen ist es, persönlich mitzuwirken an der Zusammenstellung des Verwaltungsgeschäftes seiner örtlichen Gewerkschaft. Darum am 3. März 1932, um 17 Uhr, alle pünktlich erscheinen. Die Werksteine, Mar-mor- und Grabmalgruppe hat um 18 Uhr Versammlung, um die von euch Gemählten zu bestätigen. Kollegen, laßt diese Zeilen nicht wirkungslos bleiben, denn es gilt ein für allemal zu beweisen, daß die Steinarbeiter Berlins willens sind für ihre freigewerkschaftliche Organisation auch ihren Mann zu stellen.

Paul Kolakowski, Sektionsleiter der Werksteinbranche.

Dresden (Steinseker und Kammer). Am 17. Januar fand unsere Jahres-Hauptversammlung statt. Im Beisein eines Mitgliedes der Sitzung wurde der Gesellensauschuss neu gewählt. Die Vorstandswahl ergab mit einigen Ausnahmen die gleiche Zusammenziehung. Es ist besonders zu begrüßen, daß unser bewährter Vorsitzender, Kollege Kirchoff, wieder gewählt wurde, trotzdem die Opposition Anstrengungen gemacht hatte, das zu verhindern. Der Bericht des Kassierers, Koll. Saalbach, zeigte, daß die Wirtschaftskrise auch an unserer Lokalkasse nicht spurlos vorübergegangen ist. Es wird beschloffen, die Ausgaben soviel wie möglich einzuschränken. Kollege Hummel gibt Bericht von den Lohnverhandlungen in Leipzig und Dresden. Infolge der Notverordnung war ja von vornherein der Lohn festgelegt. Bestrebungen erregt nur, daß die Affordsätze nicht gesenkt wurden, sondern nur der Stundenlohn. Die Unternehmer werden wissen, daß es bei uns leider eine Anzahl Kollegen gibt, die im Stundenlohn soviel fertigtellen wie im Afford und haben deshalb an den Affordfällen kein Interesse. Auch muß mit allen Mitteln unterbunden werden, daß ungelernete Arbeiter Steinsekerarbeiten ausführen. Der Tarif läuft bis 31. April d. J. Ein weiterer Lohnabbau im April muß unbedingt verhindert werden. Ein Antrag, zwei Redner gegensätzlicher politischer Parteien über die Auswirkung der letzten Notverordnung sprechen zu lassen, wird abgelehnt. Dagegen wird beschloffen, einen Verbandsangestellten über dieselbe Sache sprechen zu lassen. Wichtiger wäre es, einen Vortrag über die Ziele der Gewerkschaften und die Pflichten und Rechte der Mitglieder zu hören; denn der Besuch der Versammlung zeigt wieder, daß bei vielen Kollegen wenig Interesse

an der Organisation vorhanden ist. Die Kollegen müssen befreit sein, noch Augenstehende heranzubringen und die Gleichgültigen zu veranlassen, unsere Versammlungen zu besuchen. Die Versammlungen finden auch in diesem Jahre jeden ersten Sonntag im Monat statt.

Hannover II. Generalversammlung am 16. Januar 1932. Der Vorsitzende, Kollege S. Schreiber, begrüßte im Namen des Verbandes die zahlreich erschienenen Kollegen. Tagesordnung: 1. Abrechnung des 4. Quartals 1931. 2. Bericht des Gauleiters, Kollegen Schmitt, über Lohnverhandlung. 3. Jahresbericht des Vorstandes. 4. Neuwahl. 5. Verschiedenes. Kollege Bedt erklärte zur Abrechnung, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage unsere Kassenlage noch glimpflich abgezeichnet hat. Da die Kassenprüfung keinen Anlaß zu Beanstandungen ergab, wurde Entlastung erteilt. Der Gauleiter, Kollege Schmitt, ging in einem ausführlichen Referat auf die Schwierigkeiten der Lohnverhandlung auf Grund der Notverordnung ein. Das Weitere wird der Initiative des Kollegen Schmitt überlassen. Besonders scharf wurde das Verhalten des früheren Kollegen Preisch, Halle a. S., unter die Lupe genommen und verurteilt. Sodann betonte Koll. Schreiber in seinem Jahresbericht nochmals die schlechte Lage unseres Berufes und deren Ausnutzung durch die Unternehmer bei einem Teil der Kollegen. An unserem Willen muß die Unternehmerwillkür scheitern. Anschließend berichtete Kollege Bedt, daß unser Lokalkassenbestand sich emähigte um 334 Mark, ein Zeichen der großen Arbeitslosigkeit. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 201 Mitglieder. Auch hier eine Minderung, weil die vorhandenen Notstandsarbeiten zum größten Teil von zu anderen Verbänden gehörigen Arbeitskollegen ausgeführt wurden. Die vollzogene Wahl ergab: 1. Vorsitzender: Kollege S. Schreiber, 2. Vorsitzender und Jugendleiter Kollege L. Rogge, 1. Kassierer: Kollege Aug. Wente, 2. Kassierer: Kollege J. Wehrenberg. 1. Schrift-

führer: K. Eckert. Revisoren: Kollegen K. Alex und H. Samtlebe. Wohlfahrtskommission: Kollegen S. Schreiber, E. Müller und Aug. Wente. Schlichtungskommission: der jeweilige Vorsitzende und die Kollegen Müller und Samtlebe. Im Punkt: Verschiedenes, wurden mehrere Anfragen geregelt und Anregungen für die Zukunft besprochen. Zum Schluß ersuchte Kollege Schreiber, die Versammlungen immer so zu besuchen, wie die heutige Generalversammlung.

beitsrecht ab, je 12 Doppelstunden in Ramenz und in Pulsnik. Wenn wir noch hinzurechnen, daß in vielen ungezahlten Fällen Rat und Hilfe erteilt wird, so sehen wir das an Tätigkeit reiche Leben unseres Angestellten recht oft von gutem Erfolg gekrönt. Darauf wird der Bericht des Kollegen Bor-nak entgegengenommen. In der Debatte äußert man sich anerkennend über die Berichte. Bemängelt wird der Zustand zwischen Ortsverwaltungen mit Lokalangelegten und solchen ohne Lokalangelegte. Im weiteren Verlauf sind vier Anträge der Zahlstelle Häslich eingegangen: 1. Der Bezirk wolle der Zahlstelle Häslich einen Beitrag für verausgabte Rechtschutzkosten bewilligen. 2. Für das 1. Quartal 1932 werden keine Bezirksbeiträge erhoben. 3. Mit dem Beginn des 2. Quartals 1932 tritt eine Senkung der Bezirksbeiträge ein. 4. Die Bezirksbeiträge werden nur für die in Arbeit stehenden oder Verbandsunterstützung erhaltenden Kollegen entrichtet. Nach längerer Debatte wird Antrag 1 angenommen und Häslich 20 Mark bewilligt mit dem Bemerkten, daß dieses nur einmalig ist. Antrag 2 wird gegen 4 Stimmen angenommen. Antrag 3 wird zurückgezogen und Antrag 4 zurückgestellt. Anschließend wird die Wahl des Bezirksvorstandes durch Wiederwahl erledigt. Die Entschädigungen des Vorstandes werden in der bisherigen Höhe neu festgelegt. (Warum ein alter Schriftführer beide Seiten beschreibe, ist nicht recht verständlich! Red.)

Dornap. Die Zahlstelle hielt am 24. Januar ihre Hauptversammlung ab mit „Wahl der Ortsverwaltung“ und „Besprechung der allgemeinen Wirtschaftslage und Rechtsfragen“. Erschienen waren, außer einem, sämtliche Kollegen, auch Bezirksleiter Kollege Lutzem. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: 1. Vorsitzender: Willi Eichengrob, Kassierer: Mich. Wagner, Revisor: Emil Kuhnner. Die Aussprache über die Allgemeine Wirtschaftslage war sehr rege. In Zukunft wird in den Monatsversammlungen mehr über Rechtsfragen gesprochen und Aufklärung geschaffen. Am Schluß gelobten alle Kollegen unentwegt für den Verband zu werden und zu wirken.

Stuhm (Westpr.). Generalversammlung am 24. Januar im Lokale des Herrn Groddel zu Weissenberg, Kr. Stuhm. Tagesordnung: Rückschau auf das verlossene Arbeitsjahr. — Abrechnung, Neuwahl, Verschiedenes. Der Vorsitzende dankte den zahlreich erschienenen Kollegen. Das Protokoll von der Versammlung am 6. Dezember 1931 wurde vom Schriftführer verlesen. Dann besprach der Vorsitzende das verlossene Arbeitsjahr in längerer Ausführungen, die bei allen Kollegen Anlauf fanden. Die Kassenführung wurde für richtig befunden. Dem Kassierer sowie den Revisoren wurde Entlastung erteilt. Sämtliche Anwesenden entschieden sich für Wiederwahl der alten Funktionäre. Für das entgegengebrachte Vertrauen dankte der 1. Vorsitzende und anerkannte lobend die gute Mitarbeit der Funktionäre und der Gesamtkollegen. Nach Besprechen aller zu weiterer treuer Kollegialität wurde die Versammlung geschlossen.

Neustrelitz i. Mecklenburg. Der Vorsitzende begrüßte im Namen der anwesenden Kollegen den Gauleiter Gökemeyer. Tagesordnung: 1. Eingänge, 2. Kartellbericht, 3. Wirtschaftslage, 4. Quartalsabrechnung, 5. Vorstandswahl, 6. Verschiedenes. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt. Eingegangene Schreiben vom Zentralvorstand und der Gauleitung wurden verlesen. Den Kartellbericht gab Kollege Schnell. Feltzubalten ist die Weiterbildung der jugendlichen Erwerbslosen und der Bericht des Wochenendkurses über Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung im Bezirk des UOGB. Der Gauleiter wies in seinem Vortrag darauf hin, daß die Unternehmer unsern Tarif zum 30. April 1932 wieder kündigen wollen, da ihnen auf Grund der Notverordnung die Löhne noch nicht genug gesenkt wurden. Sie wollen noch eine Herabsetzung der Wohlfahrts- und Ferienunterstützung und Wegfall der Ueberlandzulagen, auch des Lehrlingsstarbes. Auf Grund der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage verurteilen die Unternehmer, diese zu ihrem Vorteil noch mehr auszunutzen. Der Gauleiter wies darauf hin, daß sich die Weltwirtschaftslage überall katastrophal auswirkt. Länder, die früher keine Arbeitslosen kannten, haben heute auch darunter zu leiden. Die Arbeitsämter müssen sich mehr damit befassen, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen. Das wird von den Gewerkschaften befürwortet, damit ein Teil der Arbeitslosen wieder in die Produktion aufgenommen wird. Wie sich das vorgesehene Krümpersystem in unserem Beruf auswirkt, muß man abwarten. Die 40-Stunden-Woche wird und muß kommen. Auf Grund der Notverordnung ist auch das Steinmaterial billiger geworden, dadurch steigen unsere Ausichten auf Arbeit, weil viele Städte doch das Pflaster vorziehen an Stelle der neuzeitlichen Decken. Die Hauptkluft an der augenblicklichen Wirtschaftslage trägt die Rationalisierung und Technisierung der Betriebe. Zum Schluß fordert der Gauleiter auf zum Zusammenhalt in der Gewerkschaft, damit wir gerettet sind, um in einer besseren Zeit uns dann das jetzt Verlorene wiederzuerholen. Im „Dritten Reich“ haben wir mehr zu verlieren, als mancher Kollege denkt. Die Abrechnung schloß für die Lokalkasse mit einem Ueberfluß von 3,50 Mark ab, trotz des hohen Defizits vom letzten Quartal. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt. Unter „Verschiedenes“ fand eine rege Aussprache statt über örtliche Angelegenheiten.

Schwarzenbach a. d. Saale. Generalversammlung am 17. Januar. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl der Verwaltung, 4. Verschiedenes. Kollege Werner gab den Geschäftsbericht und einen kurzen Ueberblick über das verlossene Jahr, welches durch Lohnabbau und wirtschaftliche Kämpfe eines der schwärzesten war. Kollege Kießling gab den Kassenbericht, aus dem geht hervor, daß durch die große Arbeitslosigkeit in der Zahlstelle die Ausgaben die Einnahmen weit übersteigen. Nach Bericht der Revisoren wurden Bücher und Kasse in bester Ordnung vorgefunden. Die Neuwahl ergab, daß Kollege Werner als 1. Vorsitzender, Kollege Kießling als Kassierer und Kollege Häuser als Schriftführer wiedergewählt wurden. Als 2. Vorsitzender Kollege Neupert neu. Unter Punkt Verschiedenes wurde beantragt: Jeder arbeitslose Kollege erhält aus der Lokalkasse eine einmalige Unterstützung von 5 Mark zugewiesen. Nach einer lebhaften Aussprache wurde so beschloffen. Nach dem Stand der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit kommen zirka 100 Kollegen in Frage. Der Vorsitzende dankte den Kollegen für den zahlreichen Besuch und forderte auf, auch in der neuen Geschäftsperiode dem Verband die Treue zu halten.

Rammelsbach. Am 21. Januar Generalversammlung der Zahlstelle. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl, 4. Stellungnahme zum Schiedspruch vom 16. Januar, 5. Verschiedenes. Kollege Blind gab zunächst verschiedene Rundschreiben bekannt, die sich auf Lohnverhandlungen, Manteltarifverhandlungen usw. erstreckten. Zum Geschäftsbericht entstand eine rege Aussprache. Der Kassenbericht vom 4. Quartal wurde von der Versammlung anerkannt. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl in den wichtigsten Funktionen. Anschließend daran gab Kollege Gras den Bericht von der Lohnverhandlung in Kaiserslautern, in der Herr Dr. Meister als staatlicher Schlichter mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Schiedspruch fällte, der einen 15prozentigen Lohnabbau vom Tarif vom 1. April 1931 vorah. Es fehlte eine erregte Diskussion ein. Bei der Abstimmung wurde der Schiedspruch fast einstimmig abgelehnt. Ein Antrag zur Bildung einer Einheitsfront wurde dahin ergänzt, daß alle außenstehenden Kollegen sich dem Verbandsangehörigen anschließen sollen und in ihm aktiv wirken, dann sind alle Zweifel einer Einheitsfront beseitigt. (Warum denn beide Seiten beschreiben? Red.)

## Die richtige Antwort!



„Mensch, geh da nicht rauh, da wohnt ein im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands Organisierter!“

fürher: K. Eckert. Revisoren: Kollegen K. Alex und H. Samtlebe. Wohlfahrtskommission: Kollegen S. Schreiber, E. Müller und Aug. Wente. Schlichtungskommission: der jeweilige Vorsitzende und die Kollegen Müller und Samtlebe. Im Punkt: Verschiedenes, wurden mehrere Anfragen geregelt und Anregungen für die Zukunft besprochen. Zum Schluß ersuchte Kollege Schreiber, die Versammlungen immer so zu besuchen, wie die heutige Generalversammlung.

Oberaula. Am 18. Januar fand im Lokal Schüller die Jahresversammlung der Zahlstelle statt. Folgende Punkte umschrieben die Tagesordnung: 1. Abrechnung, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Die Abrechnung des Kassierers Heinrich Ide, von den Revisoren für richtig befunden, führte zur Entlastung. Bei Neuwahl wurden gewählt: 1. Vorsitzender Heinrich Ide II, Georg Ide. 1. Kassierer: Heinrich Ide II, Georg Ide. Schriftführer: Heinrich Giffel II, Julius Stod. Revisoren: Philipp Schäfer, Ludwig Otto, Heinrich Jakobard. Als Beisitzer: Jakob Beßer. Zum Fahnen-träger: Georg Schäfer, Johannes Ide. Als Begleitmannschaft: Johannes Schmitt und Jakob Lapp. Dann verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben vom Gewerkschaftsamt und schloß nach einer ermahnenen Ansprache die Versammlung.

Ramenz. Am 21. Januar fand die Jahreskonferenz des Bezirkes statt; 18 Delegierte waren erschienen. Der Vorsitzende Kollege Schmitt war erkrankt, an seiner Stelle leitete der Bezirksleiter Paul Gibowski die Zusammenkunft. Zu dieser Tagung war der Kollege Richard Bor-nak, Mitglied des Verbandsauschusses, geladen, ebenso die Zahlstellen nach beliebiger Stärke anlässlich der 25jährigen Mitgliedschaft unseres Bezirksleiters.

Dem Kassenbericht ist zu entnehmen: Einnahme 1371,05 Mark, Ausgabe 1562,05 Mark, Bestand 3945,49 Mark.

Anschließend gab der Bezirksleiter den Jahresbericht. Die Erwerbslosigkeit im Bezirk ist auf 90 Prozent gestiegen. Die Aus-sichten für 1932 sind trübe. Trotz reger Agitation machte die Werbung neuer Mitglieder keine Fortschritte. Die Mitgliederzahl ist von 1892 im Jahre 1930 auf 1443 im Jahre 1931 zurückgegangen, weil die betreffenden Kollegen nicht wieder in Arbeit gekommen sind. Rundschreiben und Bekanntmachungen fruchteten auf diesem Gebiete nichts. Der Bezirksleiter war an 72 Tagen in den Betrieben der Zahlstelle Ramenz, an 57 Tagen in Häslich, an 43 Tagen in Königsbrück, an 15 Tagen in Rindisch und an 4 Tagen in Pulsnik. Teilgenommen hat er an 29 Steinarbeiterversammlungen, an 8 Vorstandssitzungen und 11 Quartalsabrechnungen. An Arbeitsgerichten waren 14 Verhandlungen. Es wurden 129 Kollegen vertreten, 3618,74 Mark erstritten und 5 Kollegen wieder eingestellt. Bei den Spruchauschüssen der Arbeitsämter wurden 27 Kollegen in 17 Verhandlungen vertreten und eine höhere Alu. oder Ktu. erstritten. Die meisten Fälle aber wurden durch persönliche Rück-sprache mit den zuständigen Personen erledigt. An 16 Tagen war der Bezirksleiter als Beisitzer im geschäftsführenden und im Verwaltungsausschuss sowie im Spruchauschuss des Arbeitsamtes tätig. An 20 Stillelegungsverhandlungen, an 6 Verhandlungen vor dem Oberverwaltungsamt in Unfall- und Invalidenfragen machte sich die Teilnahme notwendig. In 8 Erwerbslosenversammlungen wurden Vorträge gehalten, in 14 politischen Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen der Partei und der freien Gewerkschaften wurde gesprochen. In 23 Verhandlungen mit Behörden wurden die Belange der Kollegen vertreten. Die Bezirksamtsgefächte wurden in 5 Sitzungen erledigt. In der Wirtschafts- und Betriebs-rateschule Pulsnik hält der Bezirksleiter einen Kursus über Ar-

# Rundschau

**Die Leipziger Frühjahrsmesse 1932.** Die am 6. März beginnende Leipziger Frühjahrsmesse wird trotz der schweren Krise noch beachtet sein. Nach den bis Anfang Februar vorliegenden Aussteller-Anmeldungen werden etwa 8000 Aussteller-Firmen vertreten sein, von denen zirka 1600 auf die Große Technische Messe und Baumeße entfallen. Das sind immerhin beträchtliche Zahlen. Auch die ausländische Industrie bringt der Frühjahrsmesse wieder großes Interesse entgegen. Neben zahlreichen ausländischen Einzelausstellern sind Kollektivausstellungen geplant. Solche werden veranstaltet von Britisch-Indien, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan und zum ersten Male Kanada und die Türkei. Zahlreiche Sonderveranstaltungen, Tagungen usw., werden wiederum viele Besucher nach Leipzig ziehen. Man darf deshalb erwarten, daß die Frühjahrsmesse 1932 wirtschaftliche Erfolge zeitigt.

**Preiskontrolle im Kohlhopf.** In Bovenkarspel (Holland), dem größten Blumentohlmarkt der Welt, verstedte ein Erzeuger einen Zettel in einem großen Blumentohlhopf mit der Mitteilung: „Dieser Blumentohl erzielt bei der Versteigerung 2 Cent; wieviel wird der Verbraucher zahlen müssen?“ Nach drei Tagen erhielt er Antwort aus dem Haag, daß für diesen Blumentohlhopf 35 Cent hätten gezahlt werden müssen. Dieses Kontrollbeispiel wirkte anregend. Mehrere Gärtner steckten Zettel mit Freimarken für Antwort in die Blumentohlhopfe. Man hofft, auf diese Weise die niederländische Regierung, die Magistrat der Großstädte und auch das Publikum in Bewegung gegen die zu hohen Zwischenhandels-gewinne zu bringen.

**Die Anatomie der Staublungenkrankung.** Die Berufskrankheit der Steinarbeiter, die Staublungenkrankung, hat neben vielen deutschen Gelehrten in wachsendem Maße auch in anderen Ländern die Wissenschaft zur Veröffentlichung von Einzeluntersuchungen veranlaßt. Englische Forscher stellten so fest, daß die Staubtuberkulose praktisch stets durch einen bestimmten Stoff hervorgerufen werden, das sogenannte freie Siliziumdioxid, und daß seine Wirkung keine mechanische, sondern eine physikalisch-chemische ist. Der schwedische Professor Dr. Bergstrand stellte fest, daß die Silicose durch ihre veranlagende Wirkung für Tuberkulose besonders gefährlich wird. Klinisch und röntgenologisch teilt man die Staublungenkrankung in drei Abschnitte ein. Zunächst eine Verdichtung um die Gefäße und Bronchien, im zweiten Stadium treten dazu kleine, verhärtete, fibröse Lymphknoten, im dritten Abschnitt bilden sich große Herde, besonders um die Lungenwurzeln.

**Erwerbsminderung bei schwerer Staublungenkrankung.** In der Monatszeitschrift für Arbeiter- und Angestellten-Versicherung gelangt Dr. Hahn (1931, Heft 6) zu folgender Feststellung über den Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit bei schwerer Staublungenkrankung nach der Verordnung vom 11. 2. 1929: Nach den bisher vorliegenden Entscheidungen und Gesetzen verbindet sich mit dem Begriff „schwer“ eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent. Nimmt man an, daß die Verordnung vom 11. 2. 1929 der gesetzlichen Begriffsprägung hat folgen wollen, so muß man — nach Dr. Hahn — folgerichtig unter schwerer Staublungenkrankung eine solche verstehen, die eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 Prozent bedingt. Die entscheidenden Instanzen sollten sich bei ihren Urteilen ebenfalls darnach richten.

**Grabschändungen.** Der Straßengesetzaußschuß des Reichstages legt am 18. Februar die Beratung des neuen Straßengesetzes, betreffend Bestimmungen über die Sachbeschädigung, Beschädigung von Gräbern, Denkmälern usw., fort. Bei dieser Gelegenheit verwies Abg. Dr. Moses (Soz.) auf die empörende Tatsache, daß sich in den letzten Jahren die Schändungen jüdischer Gräber in außerordentlicher Weise vermehrt haben. Aus einer dem Reichsinnenministerium überreichten Denkschrift habe sich ergeben, daß in der letzten Zeit allein auf 117 jüdischen Friedhöfen Grabschändungen in großer Zahl ungetroffen, beschädigt oder beschmüht worden sind. 87 Fälle seien nicht aufgeklärt worden. In den Fällen, in denen man die Täter ermittelt habe, sei festgestellt worden, daß es Jungen und Mädchen im Alter von 13 bis 17 Jahren; und zwar hauptsächlich Schüler höherer Lehranstalten gewesen sind.

Die Zahlen, die dann der Regierungsvorsteher zum Reichsjustizministerium nannte, sind geradezu erschütternd. In den Jahren 1928/29 sind (es ist die kleine Minderheit!) 138 Anklagen erhoben worden, die zu 85 Verurteilungen geführt haben. Von den 85 Verurteilungen sind nicht weniger als 45 Frauen und Mädchen! Daraus ergibt sich, in welsch geradezu schamloser Weise die Partei der sogenannten „sittlichen Erneuerung“, die Nationalsozialisten, selbst Angehörige des weiblichen Geschlechts verrohen. Die Mehrzahl sämtlicher 56 von den 85 Verurteilungen haben nur zu Geldstrafen geführt, die übrigen Täter sind mit Gefängnis bestraft worden. Ein Kommentar zu diesen beschämenden Tatsachen der Grabschändungen ist wirklich überflüssig. Früher wurde bei solchen Schändungen die — Prügelstrafe über solche Rohlinge verhängt.

**Was Kosmetik kostet.** Für Kosmetik werden heute erhebliche Summen ausgegeben. Die Seifen- und Parfümerie-Industrie in Deutschland beschäftigt etwa 25 000 Personen, ihre Produktion beläuft sich ohne Nebenartikel auf etwa 570 Millionen Mark. In der Seifenindustrie betragen nach einer Untersuchung des Enquete-Ausschusses bei 18 betagten Firmen die Materialkosten von 46 bis 72 v. H., die Betriebskosten von 9 bis 26 v. H. und die Handlungskosten von 15 bis 39 v. H. In der kosmetischen Industrie bewegen sich bei 16 Firmen die Materialkosten von 21 bis 65 v. H., die Betriebskosten von 6 bis 33 v. H. und die Handlungskosten von 18 bis 63 v. H. Die Ausstattungsgegenstände beanspruchen bei Luxuswaren der Kosmetik bis 74 v. H. der Gesamtkosten (Puder), für Mundwasser in einfacher Packung 29 v. H., für Packungen mit Nadelverschluss 42 v. H. Der Lohnanteil beträgt im Durchschnitt der Industrie nur etwa 10 v. H. Die Reklamekosten sind ebenfalls sehr hoch. Sie bewegen sich bei den einzelnen Firmen bis zu 5 Millionen Mark jährlich. Die Gesamtaufwendungen der kosmetischen Indu-

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

- Bersammlungen:**
- Sonnabend, 27. Februar.
  - In Wiesbaden um 14 Uhr im Volkshaus, Wellstr. 13.
  - Sonntag, 28. Februar.
  - In Berlin (Steinseger und Berufsgen.) um 10 Uhr in den Brunnenhöfen, Brunnenstraße.
  - Mittwoch, 2. März.
  - In Schiawe um 14 Uhr bei Lug.
  - Sonntag, 6. März.
  - In Hirschberg (Riefenb.) um 14 Uhr in der „Alten Hoffnung“. Mitgliedsbücher mitbringen.
  - In Stettin (Steinseger) um 10 Uhr bei Bartels, Barnim, Ede Pionierstraße. Mitgliedsbücher mitbringen.
  - In Schwarzenbach a. S. wie auch in Bremen hat sich an den strittigen Vorkommnissen noch nichts geändert. Jeder, der Anspruch auf den Namen „Kollege“ erhebt, meidet die genannten Orte.
  - Berlorene Mitgliedsausweise: In Altenhain das Verbandsbuch Nr. 15 008 für Kurt Pfüller, Steinbrecher. In Jühnde Nr. 50 728 für Karl Schubert, Hilfsarbeiter. In Häslich Nr. 20 097 für Arno Kenger, Steinschläger. In Leer das Verbandsbuch Nr. 55 139 für Wilken Altmann, Steinseger.

strie für Reklame belaufen sich auf die Riesensumme von 35 Millionen Mark. Die Einzelhandelspreisen bei Seife und Waschmittel liegen zwischen 20 und 33 v. H. vom Ladenpreis und bei der kosmetischen Industrie zwischen 33 und 40 v. H. Handelsunkosten, Reklame und Ausstattung verteuern die Erzeugnisse der Kosmetik und der Waschmittel ganz ungeheuer. Diese Zahlen vermitteln einen Überblick darüber, was die moderne Menschheit für Reinigung und Kosmetik ausgibt. Das arbeitende Volk ist als Verbraucher der Kosmetik in verhältnismäßig geringerem Umfang vertreten.

**Die stürmische Entwicklung der Einheitspreisgeschäfte.** Die Einheitspreisgeschäfte wurden zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika entwickelt. Die Firma Woolworth ist das größte Unternehmen dieser Art und hat derartige Geschäfte nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland, England, Frankreich usw. aufgezogen. In Deutschland bestanden Ende 1931, wie aus einer interessanten Studie der Forschungsstelle für den Handel hervorgeht, 400 Einheitspreisgeschäfte mit einem Umsatz von rund 300 Millionen Mark. Etwa die Hälfte der Einheitspreisgeschäfte

## Können verheiratete Frauen Arbeitslosenunterstützung erhalten? Erhalten beide Ehegatten Unterstützung?

Infolge des Abbaus, der durch die Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung vorgenommen worden ist, wird vielfach unter den Kollegen die Ansicht vertreten, daß die verheirateten Frauen, wenn sie arbeitslos werden, grundsätzlich keine Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Das „grundsätzlich“ trifft nicht zu; allerdings unterliegt der Bezug von Unterstützung für verheiratete Frauen bestimmten Beschränkungen.

Ueber diese Beschränkungen gibt der § 107 des ALVG. Auskunft, der besagt: „Verheirateten Frauen wird die Arbeitslosenunterstützung nur gewährt, soweit sie bedürftig sind. Für die Prüfung der Bedürftigkeit gelten die Vorschriften der Kräftefürsorge.“

Wann liegt sie nicht vor? Sie liegt nach den Grundätzen in der Kräftefürsorge nicht vor, wenn nach Abzug der Freibeträge das noch übriggelassene Einkommen größer ist als die Unterstützungssumme, die die verheiratete Frau erhalten könnte. Bekanntlich werden die Einkommen der Familienangehörigen auf die Kräftefürsorge angerechnet, in der vorliegenden Frauenangelegenheit auch auf die Arbeitslosenunterstützung. Von dem Einkommen des einzelnen bleiben bis zu 20 Mark anrechnungsfrei. Hat dieser Angehörige wieder Angehörige, dann bleiben nochmals bis zu 10 Mark frei.

Berdiert zum Beispiel der Ehemann 35 Mark oder hat ein Einkommen von dieser Höhe, so werden hiervon, wenn ein Freibetrag von 20 Mark festgelegt worden ist, 15 Mark auf die Frau angerechnet. Beträgt die Unterstützungssumme der verheirateten Frau 11,55 Mark, so kommt demnach eine Unterstützung nicht mehr in Frage, weil der zur Anrechnung kommende Betrag größer ist als die Unterstützungssumme. Unterstützung kommt nach der Bedürftigkeitsprüfung nur in Frage, wenn das Einkommen die Freigrenze nicht erreicht oder wenn der anzurechnende Betrag kleiner ist als der Unterstützungssatz. Wenn zum Beispiel der anzurechnende Betrag aus dem Einkommen des Ehemannes 7 Mark beträgt, dann gelangt nach dem vorstehenden Beispiel die Differenz von 7 zu 11,55 Mark gleich 4,55 Mark als Arbeitslosenunterstützung für die verheiratete Frau zur Auszahlung.

Wenn jedoch der Mann arbeitslos ist und die Frau wird es auch oder umgekehrt, kann dann die Frau die volle Arbeitslosenunterstützung beanspruchen?

Auch in diesem Falle bleibt die Bedürftigkeitsprüfung nach den Grundätzen der Kräftefürsorge in Geltung, das heißt, in der Regel wird aber hier die Frau die volle Unterstützung erhalten, weil die Arbeitslosenunterstützung des Mannes meistens unter 20 Mark, also unter der Freigrenze bleibt, in anderen Fällen wird der 20 Mark übersteigende Betrag auf die Unterstützung der Frau angerechnet. Auf die Arbeitslosenunterstützung des Ehemannes wird jedoch die Arbeitslosenunterstützung der Ehefrau nicht angerechnet, da in diesem Falle die Arbeitslosenunterstützung der Ehefrau nicht als Einkommen angesehen wird.

Zu bemerken ist noch, daß der Betrag für die Freigrenze nicht unbedingt 20 beim Manne oder 10 Mark für jedes Kind zu umfassen braucht. Das sind Höchstätze. Die Freigrenze kann auch darunter festgelegt werden. Die Festsetzung ist Pflicht der Arbeitsämter, die dabei die Struktur ihres Arbeitsamtsbezirks zu berücksichtigen haben.

## Schmoß kann schreiben rechts und links

Während Herr Hitler sich hochgeehrt fühlte, im Kreis der rheinischen Schwerindustriellen tafeln zu dürfen, hat sich sein Betriebszellenleiter Engel in Berlin am 24. Januar 1932 im Berliner Sporpalast mit der unbandbaren Aufgabe beschäftigt, die NSDAP. als gewerkschaftlich „unverdächtig“ auszubieten.

„Man sagt uns nach, daß wir, zur Macht gelangt, alle Erwerbslosen der Revolution auf soziales Gebiet abschaffen wollen. Damit wollten wir die Arbeiterklasse vernichten. Wir sind nicht gegen die Gewerkschaften, sondern nur gegen ihre Führung, soweit sie sich von Deutschland losgelöst haben. Wir wollen die Tarifverträge so umgestalten, daß jeder Arbeitnehmer ein Existenzminimum hat... Wir lehnen es ab, eine rein wirtschaftliche Organisation zu sein. Wir wissen genau, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiet nur der politische Kampf helfen kann. Wir rufen den Massen zu: Werdet politisch oder sterbt!“

Demgegenüber sei daran erinnert, daß man zu anderen Zeiten und vor anderen Hörern auch anders sprechen oder schreiben kann:

„Der Tarifvertrag ist nichts anderes als ein aus rüchichtsloster Juchst zwei an sich gleichberechtigter Kontrahenten entstandenes Produkt und somit ein tief beschämendes Armutszeugnis einer mit Volk und Vaterland nichts mehr gemein habenden geistigen Einstellung.“

(Volksparole, Düsseldorf, Mai 1931.)

Und der nationalsozialistische Abgeordnete Bürger äußerte sich einmal in einer Versammlung:

„Der Kampf der Gewerkschaften um die Angestelltengehälter ist selbstjüchtige Tarippolitik.“

(Die beiden letzten Zitate nach „Deutsche Handelsnach“, 20. 7. 31.)

mit rund 80 Millionen Mark Umsatz gehört selbständigen Einzelhändlern, die teilweise in großen Einkaufsvereinigungen zusammengeschlossen sind. Die übrigen gehören drei Großkonzernen: F. Woolworth Co., Leonhard Tieg AG, Köln, und der Rudolf Kartstadt AG, Berlin-Hamburg. Einheitspreisgeschäfte waren nur möglich, weil die technische Entwicklung eine Massenproduktion von billigen Waren ermöglichte. Einher damit ging eine Wende der Kaufgewohnheiten und größere Vereinheitlichung des Bedarfs. Der Standardisierung des Preises folgt die Standardisierung der Qualitäten, und das alles führt zur Massenherstellung solcher Einheitspreisartikeln. Die Personalkosten sind in den Einheitspreisgeschäften geringer als beispielsweise in den Warenhäusern. Von 337 festgestellten Einheitspreisgeschäften befinden sich 113 in Städten bis 50 000 Einwohnern, 97 in Städten von 50 000 bis 200 000 Einwohnern, 49 in Städten von 200 000 bis 500 000 und 78 in solchen mit mehr als 500 000 Einwohnern. Die niedergelagerte Konjunktur und die Verringerung der Kaufkraft hat den Einheitspreisgeschäften nicht geschadet, sondern genutzt. Man sieht, daß im Zuge der technischen Entwicklung der Handel sich grundlegend verändert.

## Adressenänderungen

- Gau: Stettin II. Vorj.: Otto Reinke, Auguststraße 15, II. Kass.: Paul Artun, Saunierstraße 13, Sg. II.
- Gau: Brieg. Kass.: Paul Wolf, Pfaffenstraße 4, Hinerh. — Oppeln. Vorj.: Jos. Schwalbe, Groß-Döbern, Oppeln-Land. Kass.: Vinzent Buhl, Falkmühl, Oppeln-Land.
- Gau: Rameu. Vorj. u. Kass.: Christian Ley, Südkamen/Westf., Rameu-Land. — Zetmath. Vorj. u. Kass.: Fritz Grienbraud, Helmstraße 5. — Uderath. Kass.: Heinrich Stockhausen, Wasserberg, Post Uderath/Siegkreis.
- Gau: Al-Krogenburg. Vorj.: Karl Merget, Groß-Krogenburg a. M., Watzweg 14.

## Neue Bücher und Zeitschriften

„Leitfaden des Arbeitsrechts“, von Dr. Hermann Seibach, Arbeitsgerichtsdirektor in Offenbach a. M., unter Mitwirkung von Wilhelm Seibert, Stadtschulrat in Offenbach a. M. Preis 1,35 Mark. Verlag von Julius Bock, Lange u. Falgout-Berlin-Leipzig.

Das vorliegende kleine Werk soll in erster Linie dazu dienen, Lehrern und Schülern der Berufsschule Führer durch dieses Gebiet zu sein. Deshalb war dem Verfasser darauf zu achten, bei einer Darstellung der rechtlichen Begriffe des Arbeitsrechts, des Einzelvertragsrechts, des Arbeitnehmerrechts, des kollektiven Arbeitsrechts sowie der Arbeitsgerichtsbarkeit, eine möglichst leichte und allgemeinverständliche Ausdrucksweise zu wählen. Auch deshalb, weil besondere Rechtstermine nirgends vorausgesetzt werden. Am auch äußerlich die Beantwortung auftauchender Rechtsfragen zu erleichtern, sind die Kapitelüberschriften in Frageform gestellt.

Aber das Büchlein geht über den engeren Begriff eines Leitfadens nicht hinaus. Einzelne Kapitel sind inhaltlich sogar recht dürftig, wenn nicht gar irreführend. So ist die Frage: „Welches sind die wichtigsten Berufsorganisationsmittel?“ verliert mager beantwortet, und direkt falsch ist der Hinweis auf die seit 1918 bzw. 1920 bestehenden Arbeitsgemeinschaften für Industrie und Landwirtschaft. Diese Arbeitsgemeinschaften bestehen seit 8 Jahren nicht mehr. Mit ihrer Aufhebung durch die Gewerkschaften wurde bekanntlich eine der häufigsten Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit in der deutschen Arbeiterbewegung beendet. Das muß man allerdings wissen, wenn man andere darüber informieren will. Ein Leitfaden soll gewiß kurz und prägnant abgefaßt sein, doch darf die Richtigkeit nicht unter der Kürze leiden. So sind auch einzelne Worte in der Begriffsschreibung viel zu primitiv allgemein. Die Verfasser vermeiden fast durchweg — dem Anschein nach etwas unglücklich — das Wort „Gewerkschaften“. Warum, ist uns nicht recht verständlich. Dennoch ist die Schrift, soweit das Arbeitsrecht an sich in Frage kommt, eine leicht verständliche, allgemeine Einführung in den großen Fragentempel des Arbeitsrechts.

„Sozialer Ratgeber“, 6. Auflage, 256 Seiten stark, von August Karren, M. d. R. Verlag: Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 9.

Der „Soziale Ratgeber“ hat sich seit Jahren zu einem sehr wirksamen Werkzeug für alle Funktionäre entwickelt, die ehrenamtlich oder beruflich in der Sozialpolitik zu tun haben. Die Arbeit dieser Kreise ist durch die im letzten Jahre vielfach eingetretenen gesetzlichen Veränderungen außerordentlich erschwert worden. Ein Werk, das alle die im Ratgeber behandelten Gesetzesgebiete so umfassend und nach dem neuesten Stande bringt, existiert zur Zeit nicht. Die 6. Auflage des „Sozialen Ratgebers“ füllt in dieser Beziehung eine Lücke aus. Das Werk behandelt sehr eingehend die Fragen der Mitgliedschaft, Beiträge, Ansprüche und Verfahren auf allen Gebieten der Sozialversicherung, Versorgung und der Fürsorge. Es enthält im übrigen auch die wichtigsten Pfändungs- und Verpfändungsbestimmungen für Rentenbezüge und Steuerfragen für Sozialrentner.

Der neue „Soziale Ratgeber“ ist in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1932 fertiggestellt und beruht auf selbstverfaßlichen auch den Gesetzesstand bei allen von ihm behandelten Gebieten bis zu diesem Zeitpunkt. Alle jene, die sich mit den Fragen der Sozialpolitik zu beschäftigen haben, und nicht zuletzt die, die in praktischer Kleinarbeit, sei es in der Beratung über sozialpolitische Fragen, sei es bei der Vertretung vor den sozialen Instanzen, heute ein viel stärkeres Maß von Verantwortung tragen, werden das Erscheinen der neuen Auflage des Ratgebers lebhaft begrüßen.

Der Preis beträgt im Einzelverkauf 2 Mark, beim Bezuge von mindestens 10 Exemplaren 1,60 Mark. Der Versand erfolgt entweder gegen Nachnahme oder gegen Voreinzahlung des Betrages an die Vermögensverwaltung des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 9, Kontonummer 42 008.

Der Hausärztliche Ratgeber nach der Naturheilmethode nebst Hausapotheke, von A. Paul, herausgegeben von Dr. med. Wolfg. Bohm. Dritte Auflage. Preis broschiert 3,50 Mark, fein gebunden 5 Mark. Verlag: Hans Hedewig Nash, Kurt Koenig, Leipzig, Petrisstraße 10.

Aus dem Inhalt haben wir hervor: Anwendung, wie man seine Gesundheit und Lebensweise erhalten und sein Leben verlängern kann — Die Gefahr des Krefensolates — Das Obst — Der Jucker als Nährstoff — Essen — Das Trinken und Trinkenwasser — Der Tabak als Genussmittel — Die Leibesbewegung — Bergsteigen — Der Sonnenschein — Das Bad — Wie man sich vor Krankheiten hüten und in vorwornenden Fällen zu den richtigen Mitteln greifen kann — Kinder- und Krankenpflege — Die Hausapotheke — Anhang: Unsere Heilpflanzen.

Mancher anderer Leser hat schon nach einem solchen praktischen Buch gefragt, das auch im Preis die Anschaffung ermöglicht. Das vorliegende ist ein solches; ungemein praktisch und nützlich, ist es das Ergebnis eines an Erfahrungen reichen Lebens und sollte in keinem Haushalte fehlen. Es stellt sich die Aufgabe, in allen Krankheitsfällen ein treuer Berater zu sein und erteilt praktische Ratschläge zu deren Verhütung und Heilung. Besonders wertvoll ist das Buch durch seine übersichtliche Anordnung, die allgemein verständliche Form der Abfassung, und nicht zuletzt durch die Anfügung des Buches kann nur empfohlen werden. Für kinderreiche Familien, in denen fast täglich gesundheitliche Störungen zu verzeichnen sind, wird es besonders gute Dienste leisten. Bestellungen sind an den genannten Verlag zu richten.

## Anzeigen

### Steinsetzer und Berufsgenossen Groß-Berlin

Versammlung am Sonntag, 28. Februar 1932, um 10 Uhr, in den Brunnenhöfen, Brunnenstraße 15. Die Kollegen aus den Außenbezirken müssen **vollzählig erscheinen**. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. **Den arbeitslosen Kollegen werden 50 Pfennig Fahrgeld vergütet.** Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Zahlstellenverwaltung I. A.: A. Jackisch.

### Berlin Jahresgeneralversammlung aller der Zahlstelle Groß-Berlin angeschlossenen Berufsgruppen am Donnerstags, 3. März, um 18 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Quartal und Jahresberichterstattung; 2. Stellungnahme zur Neuwahl; 3. Verschiedenes; 4. Nach Erledigung der vorstehenden Tagesordnung ist noch ein Vortrag über „Die Eiserne Front“ vorgesehen. Mitgliedsbuch legitimiert. Den Arbeitslosen werden 50 Pfennig Fahrgeld vergütet. Die Kollegen der Werkstein-, Marmor- und Kunststein- und Grabmalgruppe erscheinen eine Stunde früher, um 17 Uhr, wegen Wahl der Sektionsleitungen und kurzer Mitteilungen.

Die Ortsverwaltung I. A.: Gustav Nitsche.

## Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Grimma. Am 29. Januar der Hilfsarbeiter Anton Ubl, 28 Jahre alt, Unfall.
  - Hamburg. Am 9. Februar der Steinsetzer Karl Troczek, 66 Jahre alt, Freitag. — Der in Nr. 7 als verstorben gemeldete Kollege heißt Pagel, nicht Fagel.
  - Wellerode. Am 9. Februar der Pflastersteinmacher Heinrich Wendel II, 72 Jahre alt, Altersschwäche.
  - Bunzlau. Am 10. Februar der Hilfsarbeiter Gustav Dausel, 61 Jahre alt, 9 Monate krank, Herzschwäche.
  - Frankfurt a. M. Am 10. Februar der Steinmetz Friedrich Kellermann, 62 Jahre alt, 7 Jahre asthmaleidend.
  - Strehlen. Am 11. Februar der Hilfsarbeiter Paul Minschke, 61 Jahre alt, 7 Monate krank, Herzschwäche.
  - Dornreichenbach. Am 12. Februar der Steinsetzer Fr. E. Platz, 67 Jahre alt, 2 Jahre lungenkrank.
  - Häslich (Sachsen). Am 14. Februar der Pflastersteinmacher Alwin Muschke, 48 Jahre alt, 53 Wochen krank, Halsdrüsen-Schwellung.

E H R E I H R E M A N D E N K E N

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Seibold. Verlag Ernst Windler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Strahlen, Kirchen, Schiffe und Pyramiden, Bahnen, Autos, Krane und Fräsmaschinen. All das waren große und kleine Stücke, Nach wie vor fällt Stein um Stein jede Lücke.

# Aus Betrieb, Technik, Wirtschaft

## in der Steingewinnung, Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau

Lernen, wissen, lüchtig werden  
Macht uns weidig, wacker, reich,  
Wieviel Meister sind auf Erden!  
Warum soll ich kein Meister sein!

27. Februar 1932

Beilage Nr. 9

### Steinindustrielle Betriebswerte

nach der Statistik des Deutschen Reichs für den steuerlichen Feststellungszeitraum 1928—1930

In der Beilage „Aus Betrieb, Technik, Wirtschaft“ des „Steinarbeiter“ Nr. 5 hat unser Mitarbeiter Rv. an Hand dieser Statistik in eingehender Weise über „Körpervermögen, Schulden und Reinvermögen der Steinindustrie“ berichtet. Wenn wir dieses Thema noch einmal aufgreifen, so deshalb, um dem Leser durch anzustellende Vergleiche die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Urteil zu bilden.

- über Umfang und Bedeutung der Steinindustrie im Rahmen der gesamten deutschen Volkswirtschaft,
- über den Anteil der Steinindustrie an sämtlichen gewerblichen Betrieben Deutschlands,
- über den Anteil der Steinindustrie an der Industriezweiggruppe „Steine und Erden“,
- über die Verteilung der Steinindustrie auf die reichsdeutschen Länder,
- über den großstädtischen Anteil der Steinindustrie.

Wir beginnen mit der zusammenfassenden Tabelle 1:

	1928		1930	
	Betriebe	Reinwert der Betriebe in 1000 RM.	Betriebe	Reinwert der Betriebe in 1000 RM.
Landwirtschaftliche Betriebe	4505 304	34 810 775	4505 304	34 810 775
Forstwirtschaftliche Betriebe	46 699	1 508 378	46 699	1 508 378
Weinbaubetriebe	48 222	145 542	48 222	145 542
Gärtnerische Betriebe	43 234	1 980 015	43 234	1 980 015
Gewerbliche Betriebe	1 680 483	132 620 684	1 680 483	132 620 684
Gewerbliche Betriebe ohne Betriebsgrundstücke	—	27 066 284	—	27 066 284
Bebaute Grundstücke	3 965 433	105 554 400	3 965 433	105 554 400
Unbebaute Grundstücke	409 442	73 926 663	409 442	73 926 663
<b>Summa</b>	<b>10 699 517</b>	<b>220 903 037</b>	<b>10 699 517</b>	<b>220 903 037</b>

Obgleich die gewerblichen Betriebe nur rund 16 Prozent aller deutschen Betriebe (einschließlich bebauter und unbebauter Grundstücke) ausmachen, beträgt ihr Reinwert rund 48 Prozent. Nach Abzug des Wertes der Betriebsgrundstücke verbleibt noch ein Reinwert der gewerblichen Betriebe von rund 18 Prozent des Wertes aller deutschen Betriebe (einschließlich bebauter und unbebauter Grundstücke). Das Kapitalvermögen ist in der Statistik nicht enthalten.

Das dann folgende etwas umfangreiche Zahlenbild der Tabelle 2

	Zahl der Betriebe (Betriebs-einheiten)	Reinwert der Betriebe in 1000 RM.	Schulden und sonstige Abzüge in 1000 RM.		Reinwert der Betriebe in 1000 RM.	
			Betrag	Betrag	Betrag	darunter über-schuldete Betriebe
Alle Betriebe	10 699 517	220 903 037	833 800	79 903 353	140 880 796	52 151
davon						
Gewerbliche Betriebe	1 680 483	132 620 684	833 800	79 903 353	52 598 443	52 151
davon						
Steine und Erden	21 382	2 391 602	12 438	961 174	1 430 428	886
davon						
Zement- u. Ziegelind.	7 607	1 022 164	5 183	377 762	644 402	351
Keram. u. Glasind.	4 567	881 726	3 041	359 117	522 609	218
übrige Industrie der Steine und Erden	9 208	487 712	4 214	224 295	263 417	317

In der v.-H.-Berechnung ergibt sich für die gewerblichen Betriebe folgendes Bild:

	Zahl der Betriebe	Reinwert der Betriebe	Schulden und sonstige Abzüge	Reinwert der Betriebe	darunter über-schuldete Betriebe
Alle Gewerbebetriebe	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
davon					
Steine und Erden	1,27	1,80	1,50	2,71	1,70
davon					
Zement- u. Ziegelind.	0,45	0,77	0,62	1,22	0,67
Keram. u. Glasind.	0,27	0,66	0,37	0,99	0,42
übrige Industrie der Steine und Erden	0,55	0,37	0,51	0,50	0,61

Die v.-H.-Berechnung auf die Industrie der Steine und Erden angewandt zeitigt folgendes Ergebnis:

	Zahl der Betriebe	Reinwert der Betriebe	Schulden und sonstige Abzüge	Reinwert der Betriebe	darunter über-schuldete Betriebe
Steine und Erden	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
davon					
Zement- u. Ziegelind.	35,44	42,77	41,33	45,02	39,41
Keram. u. Glasind.	21,26	36,67	24,67	36,53	24,71
übrige Industrie der Steine und Erden	43,30	20,56	34,00	18,45	35,88

gibt Aufschluß über den Anteil der an der Wirtschaftsgruppe „Steine und Erden“ beteiligten Wirtschaftszweige. Zwar ist es für die näheren Interessen auch wieder nicht befriedigend, daß Zement- und Ziegelindustrie einerseits und die Keramische und die Glasindustrie andererseits zusammengeworfen und alles übrige der Steinindustrie zugeteilt wird. Was also noch an Erd-Industrien erfasst worden ist, käme von den „übrigen“ Ziffern der Steine und Erden noch in Abzug, um zu den reinen Steinindustrie-Ziffern zu gelangen. Da wir diese Scheidung wegen Mangels an Unterlagen nicht vornehmen können, lassen wir die verbliebenen Ziffern als reine Steinindustrie-Ziffern gelten. Jedenfalls geben uns die getrennten Angaben die Möglichkeit, auch den Anteil der Steinindustrie in der Gesamtgruppe „Steine und Erden“ zu errechnen, während wir bisher meist auf bloße Schätzungen angewiesen waren.

Zahlenmäßig ist die Bedeutung der Steinindustrie nach den vorliegenden Feststellungen nur äußerst gering. Von dem reinen Wert aller gewerblichen Betriebe entfällt auf die Steinindustrie 0,50 Prozent, auch der Anteil an der Zahl der gewerblichen Betriebe ist nur ein wenig höher (0,55 Prozent). Auch als Wirtschaftszweig der Industriezweiggruppe „Steine und Erden“ kommt der Steinindustrie keine zahlenmäßig überwiegende Bedeutung zu. In der Zahl der Betriebe nimmt sie mit 43,30 Prozent zwar die erste Stelle ein, im reinen Wert der Betriebe steht die Steinindustrie auch hier wieder mit 18,45 Prozent an letzter Stelle. Das ist jedoch ohne weiteres erklärlich, weil die Maschinen wegen der Eigenart des Steines nicht in dem Maße Eingang finden konnten wie in den vorher genannten Industrien.

Zusammenfassend ergibt sich für die Steinindustrie folgendes „Wertbild“:

Von 100 entfallen auf die Steinindustrie

	Betriebe	Reiner Wert der Betriebe
von allen deutschen Betrieben	0,08	0,19
von den gewerblichen Betrieben	0,55	0,50
von der Wirtschaftsgruppe Steine und Erden	43,30	18,45

Die Tabelle 3 zeigt die länderweise Verteilung der Steinindustrie auf das ganze Reich. Auffallend sind hierbei die für Olden-

Land	Zahl der Betriebe	Reinwert der Betriebe in 1000 RM.	Schulden und sonstige Abzüge in 1000 RM.		Reinwert der Betriebe in 1000 RM.	
			Betrag	Betrag	Betrag	darunter über-schuldete Betriebe
Preußen	4 238	45 70	290 088	2 178	143 122	146 964
Bayern	1 218	13 22	72 099	594	29 713	42 386
Sachsen	939	10 20	60 892	429	23 193	37 699
Württemberg	465	5 05	9 536	252	4 222	5 314
Baden	395	4 30	9 502	202	5 555	3 947
Thüringen	308	3 52	14 825	166	6 581	8 244
Sachsen	459	4 99	11 074	135	5 189	5 885
Sachsen	36	0 39	1 747	26	826	921
Mecklenburg-Schwerin	68	0 74	1 112	45	527	585
Oldenburg	869	9 43	8 570	70	2 481	6 089
Braunschweig	95	1 03	2 561	38	882	1 679
Anhalt	37	0 40	1 067	23	296	771
Bremen	25	0 27	703	13	453	250
Lippe	42	0 46	2 788	16	827	1 941
Lübeck	8	0 08	163	4	76	87
Mecklenburg-Strelitz	9	0 09	509	6	42	467
Walddeck	16	0 18	135	10	75	60
Schaumburg-Lippe	13	0 14	361	7	233	128

burg angegebenen Ziffern. Selbst unter Einbeziehung der Arbeit-leistungen der zu Oldenburg gehörigen Grafen Birkenfeld am Hunrück erreichen uns die angegebenen Ziffern zu hoch. Die in den Tabellen I—III gemachten Angaben liegen auch für 46 Städte vor, doch beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Zahl der angegebenen Betriebe:

Stadt	Betriebe	Stadt	Betriebe	Stadt	Betriebe
Nachen	57	Essen	25	Lübeck	8
Altona	12	Frankfurt a. Main.	77	Magdeburg	17
Mugsburg	12	Sachsenhausen-Buer.	12	Mainz	10
Barmen	7	Halle	22	Mannheim	21
Berlin	232	Hamburg (Stadt)	34	Mülheim (Ruhr)	10
Böckum	8	Hannover	43	München	88
Braunschweig	4	Harburg-Wilhelmsb.	7	M. Gladbach	5
Bremen	23	Hindenburg	2	Münster in Westf.	18
Breslau	29	Karlshöhe	12	Nürnberg	27
Chebnitz	38	Kassel	19	Oberhausen	5
Dortmund	28	Kiel	16	Plauen	13
Dresden	86	Köln	94	Stettin	14
Duisburg	24	Königsberg i. Pr.	12	Stuttgart	54
Düsseldorf	72	Krefeld	12	Wiesbaden	27
Elberfeld	13	Leipzig	75	Insgesamt	1450
Erfurt	10	Ludwigshafen	16	40 Großstädte	

Diese Aufstellung bestätigt aufs neue, daß das Gros der steinindustriellen Betriebe sich auf dem Lande befindet. Nur 15,8 Prozent entfallen auf die Großstädte. Die Zahl der Beschäftigten würde das in noch stärkerem Maße zum Ausdruck bringen. Die örtliche Verbreitung der Mitglieder des Steinindustriellen Arbeiterverbandes ist im Jahrbuch des Verbandes 1930, S. 22, zu finden. Nach diesen Feststellungen wohnt ungefähr die Hälfte der Steinarbeiter in ländlichen, ein Viertel in kleinstädtischen und ein Viertel in mittel- und großstädtischen Verhältnissen.

Abschließend weisen wir besonders darauf hin, daß die der Statistik zugrundeliegenden Feststellungen schon vor Beginn der jetzigen Krise gemacht wurden. Die neuesten, für den gegenwärtigen Zeitabschnitt angestellten Erhebungen werden ein bedeutend ungünstigeres Bild ergeben, sowohl in bezug auf die Steinindustrie selbst, als auch in ihrem Verhältnis zu den zum Vergleich herangezogenen Wirtschaftsgruppen und zur gesamten deutschen Wirtschaft.

Doch wie die Steinindustrie in guten und schlechten Zeiten nur ein winziges Glied in der Kette aller Wirtschaftsvorgänge ist und doch die ihr zuzehende Funktion zu erfüllen hat, so muß auch jeder einzelne Steinarbeiter im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung seine Pflicht und Schuldigkeit tun. Ein Versagen in schlechten Zeiten rächt sich noch viel mehr an ihm selbst und an seiner Klasse als in besseren Zeiten. Betrieb und Organisation ähneln sich in vielen Dingen. Je größer die Regelmäßigkeit und Anteilnahme aller Glieder, um so größer der Erfolg, um so größer der Wert.

### Grabmalerei und Fabrikware

Der Antrag der sozialdemokratischen Rathausfraktion in München (siehe Beilage Nr. 1. Red.) schüttet offenbar das Rind mit dem Bade aus. Es geht doch nicht an, daß man einfach die Aufstellung von auswärts bezogenen, in Granitwerken hergestellten, geschliffenen oder polierten Denksteinen verbietet. Was sollen denn die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter anfangen, wenn in allen Städten derartige Verfügungen getroffen werden. Gibt es denn in München sozial Steinbruchbetriebe, aus denen das Material für die Münchner Friedhöfe bezogen werden kann? Oder sind die Stein- und Bildhauerbetriebe so groß und technisch derartig auf der Höhe, daß sie imstande sind, Maßblöcke aus Kalk oder Sandstein zu Denksteinen vom Kleinen und Kleinsten Ausmaße zu verarbeiten? Sind weiterhin die Münchner Werkstätten in der Lage, Marmor, Travertin und Granitblöcke zu sägen und zu polieren?

Leider liegen doch die Verhältnisse so, daß das landesübliche Grabsteingeschäft doch nur die Aufstellung und Beschichtung der Steine durchführt, alle andere Bearbeitung, vor allen Dingen die Bearbeitung der Rohblöcke, ganz gleich welchen Materials, wird in den Maßfeldern, Marmor- oder Granitwerken vorgenommen. Die Formenwahl der Steine ist abhängig von den einzelnen örtlichen Vorschriften.

Die Grabsteingeschäfte haben es nicht nötig, nach Katalogen der Granitwerke zu verkaufen, wenn sie selbst imstande sind, künstlerisch einwandfreie Steine zu entwerfen. Immerhin muß man anerkennen, daß einzelne Steinwerke sich große Mühe geben bei der Herausgabe ihrer Kataloge und unter Mitwirkung namhafter Künstler Vorlagen zusammengestellt haben, die jedem Friedhofe zur Zierde gereichen. Ich möchte hier nur W. Thust, Groß-Kunzendorf und Andreas Reulken, AG, Kirchenlamitz, erwähnen. Die besten Vorlagen und Kataloge nützen nichts, wenn die Vorschriften der einzelnen Friedhofsverwaltungen sie nicht zulassen und eigene Vorlagen herausbringen, die das Grabfeld uniformieren. Hier muß das Handwerk mit dem Arbeiter gemeinsam mit der inter-estierten Künstlerkraft (Bildhauer, Architekt und Zeichner) den Hebel ansetzen. Leider haben wir weder eine einheitliche Reichs-friedhofsordnung noch in den einzelnen Ländern oder Großstädten gemeinsame Vorschriften über die Aufstellung und Ausführung der Grabmäler. Deshalb muß bis zur Schaffung einer Reichsfriedhofs-ordnung bei jeder einzelnen Friedhofsverwaltung der Kampf aufgenommen werden, daß wenigstens die wichtigsten Bedingungen erfüllt werden, die zur Aufrechterhaltung des Bildhauer- und Stein-meisterberufes notwendig sind:

- Zugelassen sind nur wetterbeständige Natursteine.
- Die Bearbeitung muß bei den sichtbaren Seiten gleichmäßig sein.
- Das Anstreichen der Steine oder Sockel mit Farbe ist verboten.

Jedes aufzustellende Denkmal muß von der Friedhofsverwaltung genehmigt sein. In dieser Kommission muß das Handwerk und die Künstlerkraft entsprechend vertreten sein, um rechtzeitig bürokratische Vorhinderungen zu können. Eine gute Vorarbeit ist die Musterfriedhofsordnung vom Reichsausschuß für Friedhöfe und Denkmäler. Allerdings ist in dieser Vorlage werkmäßig bearbeiteter Kunststein noch zugelassen. Immerhin ist es ein Versuch, etwas Einheitliches zu schaffen und den größten Reiz zu unterbinden. Wir haben in einer ganzen Anzahl Gemeinden Arbeiterabgeordnete, die das Friedhofsdezernat verwalten und dadurch die Möglichkeit haben, im Sinne der Musterfriedhofsordnung Einfluß zu gewinnen. Durch eine Rundfrage bei den einzelnen Zahlstellen des Verbandes könnte leicht festgestellt werden, wieviel der Arbeiterkraft nahegelegene Friedhofsdezernate in Stadt und Land vorhanden sind. Weiter sind die Bestimmungen der einzelnen städtischen, kirchlichen und jüdischen Friedhöfe einzufordern und auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Dann muß überall da, wo das Interesse unseres Berufes nicht gewertet wird, versucht werden, durch Eingaben und Verhandlungen Abhilfe zu schaffen. Ueberall muß gefordert werden, daß auch die im Steinbildhauerberufe beschäftigten Arbeiter bei der Schaffung der Friedhofsbestimmungen mitwirken und möglichst in der Friedhofsverwaltung vertreten sind.

Ein langwieriger, schwieriger Weg, der viel Kleinarbeit verlangt, aber bestimmt zum Ziele führt, das Gewerbe zu erhalten und zu fördern.

Auf die meist sehr rückständigen Bildhauerinnungen können wir uns nie und nimmer verlassen. Die wenigsten Inhaber der Grabsteingeschäfte sind heute gelernte Bildhauermeister, deshalb sind sie auch nicht in der Lage, eigene formgerechte Entwürfe zu schaffen. Für sie, die ihr Geschäft im engstirnigen Krämerjann betreiben, ist die Hauptsache, möglichst wenig Mühe und viel zu verdienen. Es gibt heute viel Geschäfte, die sogar die Beschriftung der Steine im Werk vornehmen lassen und das Aufstellen durch einen Hilfsarbeiter; ihr Handwerk besteht aus Steinproben und Werkstattdaten und ein paar Lagerdenkmäler. Auf diese Art und Weise muß natürlich der Beruf auf den Hund kommen. Ein brauchbarer Nachwuchs kann natürlich auch nicht herangezogen werden, weil die Lehrlinge außerhalb der Fachschule in den Großstädten wenig Gelegenheiten haben, etwas Nützliches zu erlernen. Die Arbeiterkraft hat es in der Hand, einen Beruf vor dem Untergang zu retten, noch ist es Zeit. Möge die Geschäftskraft erkennen, daß das teilweise noch herrschende patriarchalische Verhältnis im Steinbildhauerberufe längst nicht mehr zeitgemäß ist und nur der engste Zusammenhalt in der Berufsorganisation, dem Steinarbeiterverband, das Bildhauerhandwerk wieder auf die Höhe bringen kann, auf der es zur Zeit eines Riemenschneider oder Balthasar Neumann gestanden hat.

### Zahlreiche Notizen

**Gußheirne Straßendecken in England.** Nach einer kurzen, aus England kommenden Mitteilung — so berichtet die „Urania“ — wurde bei Stratford eine etwa 20 Meter lange Versuchsstrecke dem Verkehr übergeben, deren Straßendecke aus etwa 52 Millimeter tiefen, in Bitumen verlegten gußeisernen Blöcken besteht. Die Blöcke enthalten Vertiefungen von 7 Millimeter Tiefe, die Gleitsicherheit der Straße und der geringe Verkehrslärm werden gelobt. Man rechnet mit langer Lebensdauer und geringen Unterhaltungskosten der Decke, die ständig beobachtet werden soll.

**Alt-mexikanische Steinskulpturen.** Auf der Straße von der Stadt Mexiko nach Veracruz zeigen sich gleich hinter Guadalupe und dem Tezocacoote die Pyramiden von Totonucan. Ueber den Süden Mexicos ist eine Anzahl von Ruinen von Tempelpyramiden und Städten gestreut, in denen noch vor wenigen Jahrhunderten eine zahlreichere Bevölkerung hauste. Der Sonnendienst bildete hier einen Bestandteil der aus vielen Elementen gemischten Irreligion. Im Süden der Sonnenpyramide von Totonucan ist ein vierseitiger Platz durch einen 79 Meter breiten und 10 Meter hohen Damm eingeschlossen. Eine kleinere Pyramide erhebt sich inmitten des Damms, 14 andere Krönen in regelmäßigen Zwischenräumen den Damm, der sich östlich und dann nordwärts bis zur Mondpyramide als „Straße der Toten“, von vielen Grabhügeln umgeben, fortsetzt. Bemerkenswert als ein Beispiel alt-mexikanischer Steinskulptur ist namentlich der Guehalcoati-Tempel mit seinen mythologischen Steinskulpturen.

**Wirtschaftskrise und Straßenbau.** In dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Berlin befindet sich folgende bemerkenswerte Darstellung der Wechselbeziehung zwischen der Wirtschaftskrise und dem Straßenbau: Im Ueberlandverkehr hat sich der vielfach mangelhafte Zustand des deutschen Straßennetzes hindernd für die weitere Entwicklung bemerkbar gemacht. Fertige Bauprojekte mußten zurückgestellt, bereits begonnene Straßenbauarbeiten eingeschränkt oder stillgelegt werden. Unter diesen Umständen kommt auch den vom Reichsverkehrsministerium für den Ausbau des Fernstraßennetzes aufgestellten Richtlinien vorläufig nur bedingte praktische Bedeutung zu. Immerhin ist es als großer Fortschritt zu werten, daß durch diese Pläne, deren Durchführung allmählich in Anpassung an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Wegeunterhaltungspflichten erfolgen soll, ein einheitliches System für das Fernstraßennetz geschaffen worden ist. Für den gleichmäßigen Ausbau dieses Netzes zu gewährleisten, wäre ein einheitlicher Finanzierungsplan erwünscht. In Preußen hat die Vereinheitlichung des Wegebauwesens durch die Einberufung eines, aus Vertretern der Wegeunterhaltungspflichtigen und der Wegebenutzer zusammengesetzten Wegebeirates eine wesentliche Förderung erfahren.

**Ueber 200 Entwürfe für das Reichschrenmal.** Landrat Dr. Röhrig teilte im Kreisrat des Landkreises Weimar mit, daß sich an dem Ideenwettbewerb für das Reichschrenmal über 200 deutsche Künstler beteiligt haben. Von den Arbeiten sollen zunächst 20 zur engeren Wahl gestellt werden. Der Landrat bemerkt weiter, daß im Jahre 1933 mit der Errichtung des Reichschrenmals im Berliner Fort begonnen werde.

**„Berein zur Förderung der Enthüllung des Kolonialdenkmals in Bremen.“** Daß Deutschland das Land der merkwürdigsten Vereine und Vereinsgründungen ist, dürfte allgemein bekannt sein. Trotzdem dürfte selbst bei uns der Verein mit dem obengenannten langen Namen als eine Kuriosität ersten Ranges angesehen werden. Er ist genau so kurios wie die Sache, die ihn ins Leben gerufen hat. In Bremen sollte am 18. Oktober 1931 ein von der Deutschen Kolonialgesellschaft errichtetes Ehrenmal für die im Kriege gefallenen Kolonialsoldaten enthüllt werden. Die Enthüllungsfest wurde damals jedoch unter Hinweis auf das — Versammlungsverbot unterlag. Mit einem großen Tuch bedeckt, stand das Denkmal — ein riesiger afrikanischer Elefant — nun wochenlang unentdeckt da, bis ein paar unternehmungslustige Leute auf die Idee kamen, das Denkmal sozusagen in Portionen zu enthüllen. Als man eines Morgens erwachte, sah man, daß die untere Hälfte der Säule weg war; jeder Bremer konnte jetzt die Beine und den Rüssel des Elefanten bewundern. Und eines anderen Tages geschah etwas ganz Unerwartetes: es erschienen am hellen Morgen mehrere würdige Herren, erkletterten den Elefanten und nahmen auch den Rest der Säule weg. Die Passanten, die das beobachteten, waren der Meinung, daß hier eine beauftragte Delegation am Werke sei. Erst ein an den Bremer Polizeipräsidenten gerichteter Brief klärte den Sachverhalt auf; der „Berein zur Förderung der Enthüllung des Kolonialdenkmals in Bremen“ tat der Polizei kund und zu wissen, daß er sich gestaltet habe, das Denkmal auf eigene Faust zu enthüllen. So geschah — berichtet die „Deutsche Bildhauerzeitung“ — kurz vor Schluß des in jeder Hinsicht merkwürdigen Jahres 1931.

# Unterhaltungsbrocken

Seid Glühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgefeindenes Maß, das jeden anekelt; fetz keine Philister

In einer Welt, in der alles schwankt, bedarf es eines festen Punktes, auf den man sich stützen kann. Dieser Punkt ist der häusliche Herd, der Herd ist aber kein fester Stein, wie die Leute sagen, sondern ein Herz, und zwar das Herz einer Frau.

Der Schneeball und das böse Wort, Sie wachsen, wie sie rollen fort. Eine Handvoll wirft zum Tor heraus, Ein Berg wird's vor des Nachbars Haus.

## Lebensläufe

Drei kleine Knaben  
Hüteten die Gänse,  
Hatt' jeder seine Gaben,  
Und wurden große Hänse.

Einer ward ein Schneider,  
Der hatte zehn Gesellen,  
Dem König macht er Kleider,  
Dem Narren eins mit Schellen.

Der andre nahm 'ne Pfarre,  
Wußt' allem Volk die Köpfe,  
Der Herr lohnt ihm die Quarre,  
Und füllt ihm Tsch und Töpfe.

Der dritte ward ein Schreiber,  
Hat schöne Lieder jungen,  
Die Kinder und die Weiber  
Sind um ihn her gesprungen.

Der Schneider kriegt 'nen Orden,  
Der Pfarret kriegt die Gicht,  
Der Schreiber ist verdorben,  
Wo, weiß ich nicht.

Gustav Falke.

## Eine Zeitungsnotiz

Alles schien mir noch zu sein, wie vor zehn Jahren; die gleichen verbrauchten Wände, da in der Ecke das Klavier, selbst der auf Holz gemalte Spruch „Borgen bringt Sorgen“ hing noch über dem Schrank. Eine ältere Frau spülte Gläser. Nur damals pflegte allerdings ein blühendes junges Mädel da herumzuhantieren, die auf den immerhin nicht alltäglichen Anruf „Abelheid!“ sich nach unseren jeweiligen Wünschen erkundigte.

Zehn Jahre war es nun her, als ich grüner Bengel zum erstenmal diese Stadt betreten, zum erstenmal mein Brot als Steinbildhauer in fremder Stadt verdient und hier beim Wirt „Zur Sonne“ in Kost und Wohnung war. Der Sonnenwirt war ein Prachtmensch. Immer hatte er Verständnis für andere Leute Nöte, das gemalte Holzschild stand im bewussten Widerspruch zu des Wirtes Geschäftspraktiken. Ich freute mich auf ein Plauderstündchen mit ihm und begann einseitig gleichgültig die Tageszeitung zu durchblättern, als mir eine mit Blauziffern angezeichnete Notiz auffiel. Unter der Rubrik „Polizeibericht“ stand: „Einbrecher auf der Flucht erschossen“. In knappem Amtsstil stand geschrieben: Zwei seiner Komplizen seien entkommen, der Gestorbene sei der aus dem Rheinland gebürtige 19jährige H. W. Ja, das war nun also die nüchterne Tatsache, ein Einbrecher, 19 Jahre, erschossen.

Ob er wohl noch Eltern hatte? Und wer mochte wohl die Notiz mit Blauziffern besser kenntlich gemacht haben? Vielleicht gar der Wirt selbst?

Während ich an ihn dachte, stand er plötzlich hinter mir und nahm mir die Zeitung aus der Hand. Mein fragendes Gesicht bemerkend, winkte er mir nur mit einer müden Handbewegung, ihm zu folgen. Als wir uns in seinem Wohnzimmer gegenüberlagen, erschien er mir sonderbar erregt. Etwas Beklemmendes füllte den ganzen Raum. Ich fühlte, daß nun irgendetwas Ungewöhnliches kommen müsse und wartete auf seine Worte.

„Was hältst du von Landstreichern?“ fragte er plötzlich. Ich war einigermaßen verwirrt und antwortete etwas zögernd: „Zuerst halte ich sie auch für Menschen.“ Ohne auf meine Entgegnung einzugehen, reichte er mir eine Photographie mit den Worten: „Und was hältst du von dem?“

Es war das Bild eines jungen Mannes, offene muntere Augen, energische Kinnpartie; doch durchaus nichts Rohes sprach aus dem Gesicht, eher etwas Kindliches. Ich gab ihm das Bild mit der Bemerkung zurück, der junge Mann sähe aus, als ob er seinen Weg schon machen würde.

„Schon gemacht hat“, erwiderte er und fuhr dann fort: „Laß dir erzählen: Eben jener junge Burke kam vor ungefähr drei Monaten in mein Lokal, als Landstreicher, als Bettelnder. Meine Frau hat ihm Essen vorgesetzt, mit ihm geredet, er machte einen ehrlichen Eindruck. Von seinen Eltern war er getürmt, wollte Arbeit suchen, der Junge. Kurz, Arbeits gibt's bei mir immer, der Junge blieb da. Hat sich nie was zuschulden kommen lassen, von seinem Lohn hat er sogar seinen Eltern noch geschickt. Hat mir auch geschrieben, sein Vater, scheint 'n vernünftiger Kerl zu sein. Kurz, dem Jungen, Hans hieß er, hat's bei uns gefallen. — Und jetzt ist er tot. Hast's ja selber gelesen vorhin — erschossen bei einem Einbruch.“

Er machte eine Pause und zerdrückte müde seinen Zigarettenstummel im Aschenbecher, ehe er weiter erzählte: „Und weißt du, wie's war? Heute Abend war ich nochmal auf der Polizei. Mittlerweile haben sie schon einen von den Lumpen erwischt und der hat seinen Komplizen genannt und der Hans hat überhaupt nichts damit zu tun. Ja, Der ist dazu gekommen, wie die Weiden ein Schaufenster einschlugen und der Hans hat sie ungewollt gestört. Und wie nun die Weiden abhauen, rennt er nach. Ja, und dann war Polizei da. „Halt oder ich schicke“ und der Hans ist natürlich mit ausgerissen, weiß der Teufel, was der sich dabei gedacht hat. Dann hat's ihn erwischt. Vier Stunden später war er tot. — Nun sage, wer hat die Schuld? Wer ist schuld daran?“

Hätte ich ihn vor drei Monaten nicht dabegehalten, dann . . .“  
Wahrhaftig. Der liebe Alte wachte sich mit dem Handrücken über die Augen. — Eine kurze Zeitungsnotiz. Welche Menschenschicksale sind darin verborgen. — — — W. Liebers.

## Die Menschheit wird noch mit einer Dreistundenschicht auskommen

Zweifelloso befindet sich die Menschheit in einer gedrückten Stimmung. Man glaubt das Ende der Welt zu sehen und auf keine Besserung hoffen zu dürfen. Wenn auch die Krise sehr schwer ist, so hat es doch auch in früheren Zeiten Depressionen gegeben, die die Menschheit nicht minder hart bedrückt haben. Im „Berliner Tageblatt“ erinnert der ehemalige Staatssekretär Richard von Kühlmann an eine Voraussage des Engländers Macaulay im Jahre 1830. Vor 100 Jahren glaubte dieser englische Schriftsteller darauf hinweisen zu müssen, daß die allgemeine Tendenz der Entwicklung dahin gehe, steigenden Wohlstand in breitere Kreise zu tragen. England werde 1930 50 Millionen Einwohner zählen, diese würden besser genährt, besser bekleidet, besser gekleidet sein als ihre Landsleute 100 Jahre vorher. „In allen Zeitaltern sei es den Menschen klar gewesen, daß bis zu ihren eigenen Lebzeiten Entwicklung und Fortschritt unaufhaltsam vorangegangen seien. Trotzdem glaube niemand mit Fortschritt für die kommende Zeit rechnen zu dürfen. Was solle denn der Grund dafür sein, daß man rückblickend nur Verbesserung und Fortschritt sehe, für die Zukunft aber nur mit Verschlechterung solle rechnen dürfen?“ Zweifelloso hat der Engländer vor 100 Jahren den richtigen Blick für die zukünftige Entwicklung gehabt. Ebenfalls ein Engländer, J. M. Keynes, hat 1930 einen Aufsatz geschrieben unter dem Titel „Wirtschaftliche

Möglichkeiten für unsere Enkel“. Keynes führt in diesem Artikel an, daß der wirtschaftliche Pessimismus der Gegenwart nicht gerechtfertigt sei. Die Menschheit litte nicht an Rheuma des Greisenalters, sondern an den Wachstumschmerzen zu schneller Entwicklung, an den Schwierigkeiten, eine Wirtschaftsperiode in die andere zu überführen. Die breiten Grundirrtümer der Gegenwart seien der Pessimismus der Umwälzer, die alles für so hoffnungslos schlecht halten, daß nichts Rettung bringen könne, als gewalttätige Umwälzung, und der Pessimismus der rückschrittlich Gemünten, die das Gleichgewicht des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens für so labil hielten, daß keine Experimente versucht werden dürfen. Keynes glaubt, daß die Fortschritte in der Entwicklung anhalten werden. Er hält es für wissenschaftlich begründet, daß nach der bisherigen Entwicklung der Durchschnittsmensch nach Ablauf von 100 Jahren wirtschaftlich etwa achtmal besser gestellt sein werde, als er es heute sei. Voraussetzung sei, daß keine großen Krisen ausbrechen und die Bevölkerungszunahme sich in mäßigen Grenzen halte. Wir littin augenblicklich schwer unter einem Zustand, der als technologische Arbeitslosigkeit gekennzeichnet wird. Dies dürfte auch nur eine Uebergangspphase sein. Es ließe sich wissenschaftlich durchaus rechtfertigen, nach 100 Jahren eine Dreistundenschicht oder nur 15 Arbeitsstunden je Woche für ausreichend zu betrachten. — So denken große Wirtschaftler über die Entwicklung der Zukunft. Wir sollten nicht pessimistischer sein als diese Leute. Durch allzu großen Pessimismus schädigen wir uns nur selbst.

## Die Frau im nationalsozialistischen Staat

Seit 22 der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ behandelt die Frage „Die deutsche Frau und der Nationalsozialismus“. Alle Aufsätze dieses Heftes gipfeln in der von Nationalsozialisten immer wieder aufgestellten Forderung, die Frau aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben herauszunehmen und sie ihrer „eigentlichen Aufgabe“, den Mutter- und Hausfrauenpflichten zuzuführen. So heißt es in einem Aufsatz „Die Frauenemanzipation als Verfallserscheinung“ u. a.:

„Geradezu ein Schulbeispiel des Verfalls ist die in der allgemeinen einzelpersönlichen Aufhebungsbewegung verankerte Frauenemanzipation. . . . Man zögert keinen Augenblick — das die echt materialistische Denkungsweise — Familien- und Volkswohl dem Dämon Wirtschaft zu opfern. . . . man wird unter den heute herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen, schon aus den einfachsten Erwägungen der Vernunft und dem menschlichen Mitgefühl heraus, selbstverständlich nicht daran denken, den jumeit durch äußerste Not ins Berufsleben gedrängten Frauen bei ihrem Broterwerb Hindernisse in der Weg zu legen. Keineswegs aber werden wir es ruhig hingehen lassen, daß die Emanzipierten in der pharisäerhaftesten Weise aus der sozialen Not ihrer Geschlechtsgenossen eine Tugend zu machen suchen, welche sie auf ihr Gewinn-Konto setzen, etwa in der Art, als sich die Damen rühmen, daß sie durch ihr Eintreten für die weibliche Berufstätigkeit ein Großteil der Frauen „selbständig“ und „unabhängig“ gemacht hätten.“

Den Erfolg, der der berufsmäßigen Frau für die Aufgabe ihrer Berufstätigkeit geboten wird, zeigt ein weiterer Aufsatz: „Die Frau im nationalsozialistischen Staat“:

„Bis zum 14. oder 15. Lebensjahre besuchen alle Mädchen die allgemeine Grundschule. . . . nach dem Abschluß der Grundschule mit dem 14. oder 15. Lebensjahre beginnt für die Mädchen die vierjährige Frauenschule, die allen Mädchen gründlichen Unterricht in der gesamten Haushaltungs-, Säuglings- und Kinderpflege, in der Charakter-, Seelen- und Erziehungslehre zuteil werden läßt, die sie immer wieder zur mütterlichen Verantwortung zu ihren dereinstigen Kindern und ihrem Volke erzieht. Eine unter behördlicher Aufsicht zusammengefaßte Hauswirtschaft wird den jungen Müttern tüchtige und zuverlässige Helferinnen stellen. Ältere Mädchen werden zu dem Beruf der Krankenpflegerin, Hebammen, Wochenpflegerin übergehen. . . . die deutschen Mütter werden unter der Führung von Pädagogen, Kerztinnen und sonstigen klugen Männern und Frauen in ständiger lebendigem Austausch von Erfahrungen, Beobachtungen und wissenschaftlichen Entdeckungen als organisierte Mütterlichkeit über dem Schicksal ihrer Kinder wachen.“

## Wissenswertes

### Briefmarkenbörse im Freien.

Die einzige Briefmarkenbörse gibt es in Paris, und zwar in der Avenue Marigny. Diese Börse besteht schon rund ein halbes Jahrhundert. Wenn sie auch besonders auf die Kundschaft der Schuljugend rechnet und deshalb besonders für Anfänger geeignete Briefmarken führt, kann man in dieser eigenartigen Börse auch Seltenheiten ersten Ranges finden. Früher gab es nach diesem Pariser Vorbild einige andere Briefmarkenbörsen im Freien, und zwar sollen sie um 1890 in den Städten Rouen und Le Havre abgehalten worden sein.

### Genauere Zeit . . .

Als Mutter der Genauigkeit gelten die Bahnhofszuhren, nach denen sich der gesamte Eisenbahnverkehr pünktlich und reibungslos abwickeln muß. Nur wenige Menschen werden aber wissen, wie diese genaue Uebereinstimmung der Bahnhofszuhren erzielt wird. Jeden Morgen übermittelt die Universitäts-Sternwarte Berlin-Babelsberg an die „Zeitdienststelle“ im schlesischen Bahnhof zu Berlin die genaue mitteleuropäische Zeit auf elektrischem Wege. Pünktlich um 8 Uhr morgens werden jeden Tag sämtliche deutschen Reichsbahnstationen auf telegraphischem Wege von der genauen Zeit verständigt, die danach die Dienstuhren regulieren. Uhren, die im Laufe des Tages von der genauen Zeit stark differieren, werden sofort außer Dienst gestellt und in Ordnung gebracht.

### Die Konjumenten deutscher Waren.

Die deutsche Ausfuhr nach Großbritannien stellte 1930 einen Wert von 1218 Millionen Mark dar, nach Holland 1205 Millionen Mark, nach Frankreich 685 Millionen Mark, nach der Schweiz 628 Millionen Mark; es folgen dann der Reihe nach die Ausfuhr nach Belgien, der Tschechoslowakei, nach Italien, Dänemark und Rußland. — Anders sehen die Dinge aus, wenn wir einmal fragen, für wieviel Mark deutsche Waren je Kopf der Bevölkerung verbraucht werden. Dann steht Holland mit 172 Mark je Kopf und Jahr an der Spitze. Es folgt die Schweiz mit 157 Mark. Deutereich taucht uns nur für 45 Mark je Kopf und Jahr ab, England für 27 Mark, Amerika für 6,40 Mark und Rußland für 2,80 Mark.

## Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

## Rheumatismus - ein soziales Problem!

Wenn den einen das Podagra plagt, dem anderen das „Zipperlein“ die Glieder juckt, jenen der „Hexenschuß“ den Hals steift und gar vielen das „Reifen“ Bewegung und Arbeit, ja schon Aufstehen und Anziehen beschwerlich macht, dann spricht man summarisch vom „Rheumatismus“. Aber auch wenn schwerste akute und chronische Gelenkerkrankungen, häufig gefolgt von Herzleiden, die Menschen wochen- und monatelang ans Krankenlager fesseln, nur zu oft völlig arbeitsunfähig und invalide machen, auch dann heißt's: Rheumatismus! —

In ihrem ersten Beginn wird fast jede „rheumatische“ Erkrankung nicht ernst genommen. Darum ist es ganz lehrreich, sich einmal darüber zu informieren, daß Rheumatismus eine Volkskrankheit ist, schlimmer als beispielsweise die gefährliche Tuberkulose. Bei den deutschen Krankenkassen z. B. ist mehr als jeder zehnte Krankheitsfall eine rheumatische Erkrankung, aber nur etwa jeder vierzigste eine Tuberkulose! Auf 6,5 Fälle von Ganzinvalidität infolge Tuberkulose entfallen etwa 9 Ganzinvaliden infolge Rheumatismus. — Und schauen wir in das Ausland: Schweden meldet Rheumatismus als Invaliditätsursache an zweiter Stelle mit 9,1 Prozent (Tuberkulose: 5,8 Prozent); England zählte 3 Millionen verlorene Arbeitstage.

Länder, die am Meere liegen, haben eine größere Zahl rheumatischer Erkrankungen als andere. In Deutschland beträgt der Anteil des Rheumatismus an allen Krankheiten etwa 10 Prozent, in Holland und England dagegen ungefähr 15 Prozent. — Die größte Zahl von Rheumatismusfällen betrifft das „beste“ Alter größter Arbeitsfähigkeit, nämlich zwischen 25 bis 35 Jahren, ebenso wie die Tuberkulose.

Forschen wir nach den Ursachen, so sehen wir in ungünstigen Wohnungen natürlich mehr Rheumatismus als in guten, hygienisch einwandfreien. Schlechte Lüftung, Wand- und Untergrundfeuchtigkeit, Zug, übermäßige Beschäftigung sind oft mit schuldig. Der hauptsächlichste Grund ist aber wohl im Beruf zu suchen. Einmal sind die Arbeiten, die bei jeder Witterung im Freien geleistet werden müssen und gelegentlich oder häufige Durchschütteln bei Wind und Wetter mit sich bringen, in diesem Sinne gefährlich und erfordern besondere Vorsicht; also Seeleute, Postboten, Landarbeiter und Gärtner, Eisenbahnpersonal, Steinbrecher, Straßenbauarbeiter, Kutsher und Chauffeure, vor allem auch Bauarbeiter müssen sich vor Rheumatismus besonders hüten und beim ersten Beginn alles irgend Mögliche dagegen tun. Sollen doch ¼ aller Bauarbeiter an rheumatischen Beschwerden leiden! — Die zweite Kategorie rheumatismuserkrankter Berufstätiger stellen diejenigen, die viel in Hitze, womöglich verbunden mit Kälte, arbeiten müssen. Hier stellen die in Eisengießereien, Glasfabriken, Färbereien und Wäschereien Beschäftigten den Hauptanteil, aber auch das Küchenpersonal.

Was soll man nun gegen Rheumatismus tun? Die Wissenschaft kann heute über die Entstehung und die Art dieser erschreckenden Volkskrankheit noch keine absolut gültige und bindende Antwort geben. Jeder Einzelfall ist ein ungeklärtes Problem für sich. Nur soviel ist wohl sicher, daß die Behandlung mit Wärme, Massage, Uebungstherapie und Wasserbehandlung, also die sogenannten „physikalischen Heilmethoden“, sowie Bäder die besten Erfolge erzielen. Aber die Hauptsache ist und bleibt für die Allgemeinheit wie für den einzelnen: Nicht am Ende anfangen, wenn der Rheumatismus schon mit allen seinen Schrecken da ist, sondern am Anfang! Und am besten ist, durch hygienische Lebensweise, Kleidung und Wohnung (Fast das erbärmlichste im Arbeiterleben! Red) vorzubeugen, ehe er kommt!

## Der Pechvogel

Es gibt bekanntlich manche Menschen, die immer Pech haben und auch im Berufsleben leichter als andere einem Unfall ausgesetzt sind. Auf diese Pechvögel, die immer wieder Unfälle erleiden, weist die Deutsche medizinische Wochenschrift in einer Arbeit hin. „Diese Leute muß man durch bestimmte Tauglichkeitsprüfungen herausfinden und ihnen eine andere Arbeit zuweisen.“ Ein Pechvogel ist man also meist dann nur, wenn man im Arbeitsleben nicht am richtigen Platze steht.

## Frauen wandern aus

Die Zahl der auswandernden Frauen ist stark gestiegen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Frauen an der Auswanderung nur 33,9 Proz., in den Jahren 1928 bis 1930 waren es 46—48 Prozent.

Was aber auch auffällt, das ist die Zahl der Frauen, die auf eigene Faust auswandern. Früher wanderten die Frauen aus als Töchter mit ihren Eltern oder als Ehefrauen mit ihren Männern. Heute aber stehen 75 Prozent der auswandernden Frauen auf eigenen Füßen.

Auch diese Zahlen zeigen, wie sehr heute auch die Frau vom internationalen Wirtschaftsgetriebe erfaßt worden ist.

## Faschistische Religion

Der Generalsekretär der faschistischen Partei in Italien, Giurati, hat kürzlich einen Erlaß an die Faschisten herausgegeben, den er in die Form von 10 Geboten gekleidet hat. Und eines dieser Gebote geht an jedes faschistische Mitglied dahin, täglich Gott zu danken, weil er es zum Faschisten gemacht habe.

Modernes Pharisäertum furchtbarster Art! Elendeste Ueberheblichkeit! Widerlichste Selbstgefälligkeit!

Was ist das Pharisäertum des Neuen Testaments gegen diese Faschisten! Wie würde der Nazarener, lebte er heute, wettern gegen diese engstirnigen und unreligiösen, sittlich erstarrten Menschen!

Wer nur etwas wahrhaft tiefes Fühlen sich bewahrt hat, der wendet sich in Ekel von ihnen ab.

## Der Furunkel kommt!

Wir alle sind Kinder unserer Umwelt und hängen auch gesundheitlich von den äußeren Verhältnissen ab. Selbst das Wetter wirkt sich auf unseren Leib und unsere Seele aus, und jetzt hat man gar gefunden, daß selbst der leidige Furunkel vom Wetter beeinflusst wird. Bei feuchtem und warmem Wetter tritt er am stärksten auf und im Frühjahr hat er seinen Gipfel erreicht.